

Landtagswahl 2018: Die Parteien stellen sich den Fragen des glb

- 04** *Wahlprüfsteine des glb: Das wollen die Parteien für die beruflichen Schulen tun*
- 12** *Kommentar des glb: Das sagen wir zu den Äußerungen der Parteien*
- 15** *Neues aus den Kreisverbänden und der Bildungspolitik*



Impulse

**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.**

I N H A L T *Ausgabe September 2018*

3 Vorwort

4 Landtagswahl 2018

- _ glb Wahlprüfsteine
- _ Kommentar des glb zu den Wahlprüfsteinen

15 Bildungspolitik

- _ Stellungnahme HSChG
- _ Bericht vom SPD Landesparteitag
- _ Arbeitsbelastung von Schulleitungen und Lehrkräften
- _ LandesFrauenRat
- _ dbb Gewerkschaftstag
- _ 5. Netzwerktagung Koordinatoren Fachpraxis Hessen

20 Aus den Kreisverbänden

- _ Mit Hessenkasse gewonnen
- _ KV Offenbach besucht Firma Merck
- _ Nachruf Frank Wilhelm
- _ Deutscher Lehrerverband begrüßt den Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium

24 Senioren

- _ Seniorentreffen 2018 in Friedrichsdorf
- _ In eigener Sache

IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber:

Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V., Lothringer Straße 3-5,
63450 Hanau, Telefon 06181 / 25 22 78, Telefax 06181 / 25 22 87, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck:

Werbung und Druck M. Kroeber GmbH
Vogelsbergstraße 5, 63589 Linsengericht, Telefon 06051 / 9742-0, Telefax 06051 / 9742-42, E-Mail printinfo@kroeber.com

Redaktion:

Dr. Christian Lannert, Monika Otten, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte:

Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise:

4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN:

1869-3733



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Landtagswahl am 28. Oktober 2018 rückt näher. Auch der glb hat sich in intensiven Gesprächen mit verschiedenen Politiker*innen und durch die Teilnahme an diversen Veranstaltungen mit bildungspolitischen Themen auseinandergesetzt.

Bereits im Frühjahr haben wir die bildungspolitischen Sprecher*innen der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien angeschrieben und um Gesprächstermine gebeten. Für uns war es wichtig, einerseits in den Gesprächen mit den Politiker*innen sowie weiteren Vertreter*innen der Parteien Informationen einzuholen und andererseits die Anliegen unserer Mitglieder thematisieren zu können. Gleichzeitig mit unseren Terminfragen haben wir avisiert Wahlprüfsteine veröffentlichen zu wollen. Die Antworten auf unsere zwölf zentralen Fragen sowie unsere Kommentierungen können Sie in der vorliegenden Ausgabe lesen.

Aber nicht nur in persönlichen Gesprächen, sondern auch in öffentlichen Anhörungen haben wir in den vergangenen Monaten die Gelegenheit genutzt, die Anliegen unserer Mitglieder zu vertreten. Hier sei insbesondere auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Schulleitungen verwiesen. Lesen Sie auch dazu den einschlägigen Artikel in dieser Ausgabe.

Über die spezifischen Interessen der Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer und das letzte Treffen der Netzwerk AG der Koordinatoren Fachpraxis Hessen berichtet Roselinde Kodym in ihrem Artikel. Wir haben einige Aspekte und Forderungen aufgegriffen und in unseren politischen Gesprächen thematisiert.

Eine weitere wichtige Gruppe, deren Interessen es zu vertreten gilt, sind Frauen. Der glb ist seit vielen Jahrzehnten Mitglied im LandesFrauenRat (LFR). Mit dem diesjährigen Treffen zwischen dem LFR und Ministerpräsident Volker Bouffier sowie dem Hessischen Minister für Soziales und Integration beschäftigt sich ebenfalls ein Artikel der vorliegenden Ausgabe, insbesondere wird dabei auch auf das geschlechtsspezifische Lohngefälle und die Ergebnisse des Hessischen Lohnatlas eingegangen.

Nicht über alle von uns wahrgenommenen Termine haben wir Berichte erstellt, aber über einige weitere können Sie in dieser Ausgabe lesen, u. a. zum dbb Gewerkschaftstag oder zum SPD Landesparteitag.

Insbesondere finden Sie auch wie in jedem Jahr einen Artikel in unserer Verbandszeitschrift zum diesjährigen Treffen der Seniorinnen und Senioren in Friedrichsdorf im Taunus. Wie gewohnt hat Barbara Schätz, unsere Vertreterin für Seniorinnen und Senioren im Landesvorstand, unterstützt von Renate Wolmer, eine interessante Veranstaltung organisiert und das gemeinsame Wochenende mit attraktiven Programmpunkten gefüllt.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Eindruck von unseren politischen Aktivitäten zu vermitteln und Ihnen einen Einblick in die Positionen der verschiedenen Parteien zu bildungspolitischen Fragen zu verschaffen. Wir werden nach der Landtagswahl kritisch verfolgen, welche Positionen in einem möglicherweise notwendig werdenden Koalitionsvertrag Eingang finden und vor allem werden wir verfolgen, was tatsächlich umgesetzt werden wird.

Ihre
Monika Otten
 Landesvorsitzende des glb



glb Wahlprüfsteine: Das antworten die Landtagsparteien

Herausforderungen der Digitalisierung

Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Herausforderungen der Digitalisierung an beruflichen Schulen begegnen?

CDU

Gerade an den beruflichen Schulen sind die Schüler im Zeichen des technologischen Wandels gezielt auf die digitalen Komponenten des Berufs- und Arbeitslebens vorzubereiten. Obwohl die technische Ausstattung der Schulen nicht dem Land, sondern den Schulträgern obliegt, hat die CDU-geführte Landesregierung in diesem Jahr mit dem Programm ‚KIP macht Schule‘ den Startschuss zu einer beispiellosen Investitionsoffensive für moderne Schulgebäude in Hessen gegeben. Insgesamt 558 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln werden den Kommunen für eine Modernisierung der Schulen zur Verfügung gestellt – dies umfasst selbstverständlich auch Investitionen in die digitale Infrastruktur an beruflichen Schulen. Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag im Bund auf Initiative der CDU einen Digitalpakt im Volumen von fünf Milliarden Euro für die flächendeckende digitale Ausstattung der Schulen vor.

Bündnis90/Die Grünen

Hierzu ist die Strategie »Bildung in der digitalen Welt« der KMK eine wichtige Grundlage. Das Landesprogramm zum Anschluss von Schulen an das Breitbandnetz werden wir fortsetzen. Hinzu kommen eine digitale Ausstattung der Schulen und die Vernetzung innerhalb des Schulgebäudes. Dazu bedarf es großer Kraftanstrengungen der Schulträger, Land und Bund. Diese werden wir unterstützen. Wir wollen den geplanten Digitalpakt zwischen Bund und Ländern in Hessen durch einen Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern ergänzen. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schülerinnen und Schüler setzt weiterhin eine der digitalen Welt angepasste Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte voraus. Wir wollen Medienzentren vor Ort stärken und in eine Gesamtstrategie einbeziehen, damit sie die Weiterbildung des pädagogischen Personals und ihre Beratungsangebot für die Schulen intensivieren können.

FDP

Wir sehen die Digitalisierung als Chance und möchten, dass sich die Schulen den Herausforderungen stellen können. Wir möchten hierfür min. 50 Mio. EUR jährlich investieren. Denn es muss die technische Infrastruktur bereitgestellt und auch aufrechterhalten werden, so dass die Schulen nicht strukturell von der Digitalisierung abgekoppelt sind. Zudem ist es notwendig, Kompetenzen zu vermitteln, die dazu beitragen, sich mündig den Problemlagen zu stellen. Bedienfähigkeit ist etwas anderes als Medienkompetenz, die wir benötigen. Ferner müssen die Curricula und Bildungsstandards und die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verändert werden, so dass sich diese neben dem technischen know-how Lehr- und Lernmethoden aneignen können. Dies ist gerade mit Blick auf die Berufsschulen, die sich zudem der Veränderung der Berufsbilder und der Arbeit 4.0 widmen müssen, unabdingbar. Wir wollen zudem Bürokratie und Organisationsstrukturen durch clouds und Vernetzung reduzieren und das Selbstlernen als Teil des lebenslangen Lernen fördern.

LINKE

Während DIE LINKE dem Einsatz digitaler Medien in Grundschulen skeptisch gegenüber steht und an den allgemeinbildenden Schulen besonderen Wert darauf legt, dass Medienmündigkeit und Medienkompetenz zentrale Unterrichtsziele sein müssen, sehen wir an den beruflichen Schulen eine besondere Berechtigung für digitale Arbeitsmittel. Schülerinnen und Schüler müssen auf die Anforderungen der Arbeitswelt qualifiziert vorbereitet werden. Das heißt: die Arbeitsmittel sollten auf dem aktuellen Stand der Technik sein. Das gilt für digitale Arbeitsmittel ebenso, wie für andere berufsspezifische technische Arbeitsmittel. Die Ausstattung der Schulen mit IT darf nicht allein den Schulträgern obliegen. Hier muss eine Landesregierung deutlich investieren und auch die Lehrkräfte entsprechend qualifizieren.

SPD

Digitalisierung ist eine von mehreren wichtigen Herausforderungen, die die SPD mit neuen und besseren Konzepten angehen will. Als Träger der dualen Ausbildung stehen die beruflichen Schulen für uns gleichwertig neben der gymnasialen Ausbildung.

Da sie praxisorientierter und viel stärker mit der Berufswelt verbunden als andere Schulformen sind, brauchen sie eine aktuelle, auf die beruflichen Anforderungen ausgerichtete moderne Ausstattung und deutlich mehr Ressourcen. Das gilt auch im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung.

Wir begrüßen den auf Bundesebene vorgeschlagenen Pakt für berufliche Schulen und werden uns aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung in Hessen beteiligen. Um die Digitalisierung an den Schulen und im Unterricht voranzubringen, wollen wir einen Masterplan für Digitalisierung auflegen und werden ein Landesmedienkonzept vorlegen. Die Vermittlung von Medienkompetenz wollen wir zur Aufgabe für jede Schule machen und ein Zertifikat für Schülerinnen und Schüler einführen.

Aus Sicht der SPD brauchen alle Schulen in Hessen, auch die beruflichen, Ausbau, Wartung und Administration der technischen Infrastruktur, entsprechend durch Fortbildung qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit schnellem Internet. Zur Förderung der digitalen Lernmittelfreiheit werden wir die Rahmenbedingungen zur Erstellung und Bereitstellung offen lizenzierter Lehr- und Lernunterlagen durch qualifizierte Lehrkräfte schaffen. Open Educational Resources (OER) sollen in Hessen fester Bestandteil des schulischen Lebens werden.

Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen würden Sie installieren vor dem Hintergrund der Digitalisierung und kommender Neuordnungen der Ausbildungsberufe im dualen System?

CDU

Im Hinblick auf die Umsetzung passgenauer Angebote zur Qualitätsentwicklung der Schulen in Hessen – gerade auch im Bereich der Digitalisierung – hat das CDU-geführte Kultusministerium erst kürzlich wichtige Veränderungen bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften vorgenommen. So orientieren sich die unterschiedlichen Angebote der hessischen Kultusbehörden seither vor allem an der konkreten Nachfrage – möglichst ganzer Kollegien – nach gezielten Veranstaltungen und Inhalten einerseits sowie an landesweit einheitlichen



Qualitätsstandards andererseits. Um auf den konkreten Bedarf und die Anliegen der teilnehmenden Lehrkräfte einzugehen, wurden bei der Konzeptentwicklung von Anfang an Akteure aller Schulformen einbezogen. In einem kontinuierlichen Prozess sind diese bereitstehenden und zertifizierten Angebote fortwährend zu evaluieren und bedarfsgerecht anzupassen.

Bündnis90/Die Grünen

Der entscheidende Faktor zum Gelingen von schulischer Bildung ist die Lehrerin bzw. der Lehrer. Mit den sich ändernden Anforderungen an das System Schule als Ganzes ändern sich folglich auch die Anforderungen an die Lehrkräfte. Nur wenn wir diese gezielt fort- bzw. ausbilden, werden sie dem auf Dauer gerecht. Dazu gehört es, dass Entwicklungen wie Digitalisierung und Medienkompetenz, Projektorientierung und Inklusion einen stärkeren Stellenwert erhalten. Die Fortbildung der Lehrkräfte ist Studien zufolge eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Wir wollen daher die in der Lehrer*innenbildung tätigen Institutionen enger vernetzen, die Aus-, Fort- und Weiterbildung an die neuen Herausforderungen anpassen und der schulischen Praxis einen höheren Stellenwert einräumen.

FDP

Lehrkräfte dürfen sich nicht alleingelassen fühlen, sondern müssen durch besondere passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen dazu befähigt werden, den gewachsenen Anforderungen im Berufsalltag nachzukommen. Die Anzahl der Schulberater und Fortbildner muss dem Bedarf angepasst werden. Ferner müssen auch verstärkt externe Anbieter hinzugezogen werden, um den veränderten Ansprüchen, Lehrinhalten aber auch Vermittlungsmethoden Rechnung zu tragen. Auch hier befürworten wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, dem Handwerk und den Unternehmen, um auch die Verbindung von theoretischem Wissen und praktischer Ausübung zu stärken und die Lehrkräfte zu qualifizieren.

LINKE

Vorab gilt: Nach wie vor ist die Qualität des Unterrichts nicht in erster Linie davon abhängig, dass digitale Arbeitsmittel genutzt werden. Wichtig sind pädagogisch qualifizierte Lehrkräfte, die junge Menschen zum Lernen und Nachdenken motivieren können.

Gerade die dynamische Entwicklung der Produktion – meist als Industrialisierung 4.0 bezeichnet – erfordert, dass die Ambivalenz dieses Prozesses von Lehrkräf-

ten erkannt wird: Eine solche Entwicklung geht nicht nur mit einer Verbesserung der technischen Möglichkeiten einher, sondern bringt auch soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Umbrüche hervor. Zudem wächst die globale Zusammenarbeit und auch global spielen soziale Verwerfungen eine große Rolle.

Lehrpersonen sollten in der Lage sein, differenziert und kritisch auf diese Veränderungen einzugehen. Es geht nicht nur um technische Qualifikationen sondern erheblich um soziale, interkulturelle aber auch ökologische Kompetenzen.

Die digitale Entwicklung erfordert also eine gesellschaftliche Einordnung ihrer Vorteile aber auch ihrer Folgen und Gefahren: erhebliche Verbesserungen der Produktions- und Lebensverhältnisse versus Rationalisierung, Dequalifizierung, Suchtgefahr, Bewegungsarmut, psychische Destabilisierung.

Aufgabe des Kultusministeriums wäre, didaktische Grundlagen für den Einsatz digitaler Technik an Schulen und für die Lehrerbildung zu formulieren und ein Programm zur Fortbildung der zur Zeit beschäftigten Lehrkräfte zu entwickeln. Der hessischen Lehrkräfteakademie kommt bei der Weiterbildung eine wichtige Rolle zu und ihre Angebote müssen entsprechend aufgestockt werden.

In der Ausbildung von Lehrkräften sollten mehr als heute fachliche, wissenschaftliche und berufspraktische Aspekte zusammengeführt werden: verbindliche Teile des Studiums sollten Praktika in Betrieben und Praktika an den Schulen sein. Und man wird nicht umhin kommen, für die beruflichen Schulen auch fachlich qualifizierte Quereinsteiger anzuwerben und pädagogisch auszubilden.

SPD

Die Ausbildung von Berufsschullehrkräften an den Hochschulen werden wir durch zusätzliche Lehrstühle und innovative Lehrkonzepte stärken. Außerdem werden wir die Fortbildung der im Schuldienst arbeitenden Lehrkräfte systematisch ausbauen, die Weiterbildung der Lehrkräfte vor allem in den Bereichen Fachkompetenz, Fachdidaktik und Erziehungskompetenz vorantreiben.

Weiterentwicklung und Stellenwert der Beruflichen Schulen in der Kultuspolitik

Wie steht Ihre Partei einer Forcierung des Ausbaus der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen gegenüber?

CDU

Mit der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes der Selbstständigen Beruflichen Schulen hat die CDU-geführte Landesregierung seinerzeit eine wichtige Grundlage für erweiterte Freiräume und Qualitätsverbesserungen an den beruflichen Schulen in Hessen geschaffen. Insgesamt 46 Selbstständige Berufliche Schulen, davon vier Rechtlich Selbstständige Berufliche Schulen, machen mittlerweile von der Möglichkeit Gebrauch, im Rahmen eines eigenen Budgets wichtige Qualitätsprozesse zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages zu entwickeln und zu optimieren. Im Sinne einer weiteren Stärkung schulischer Selbstständigkeit unterstützt die CDU Hessen daher einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen.

Bündnis90/Die Grünen

Wir GRÜNE setzen in der Bildungspolitik auf Ermöglichen, statt auf Verordnen. Wir wollen beruflichen Schulen auch weiterhin mehr Selbstständigkeit ermöglichen und die Rahmenbedingungen für die Unterrichtsqualität weiter verbessern. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen zu regionalen Kompetenzzentren zu entwickeln. Ob eine Schule diesen Weg geht, bleibt jedoch ihre Entscheidung.

FDP

Wir Freie Demokraten möchten, dass der Ausbau der Selbstständigen Schulen intensiviert wird und stehen nach wie vor hinter dem Konzept, das den Schulen die notwendige Freiheit und vor allem Handlungsspielräume für die Schulentwicklung eröffnet. Wir wollen, dass die Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Personalhoheit den Schulen übertragen werden, weil vor Ort am besten entschieden werden kann, wie die Ressourcen verwandt werden sollen und welche Lehrkraft, sonstiges Personal, aber auch Verwaltungskraft ins Team passt und welche Anforderungen zu erfüllen sind.

LINKE

Schulen als staatliche Bildungsanstalten erfüllen einen staatlichen Bildungsauftrag und orientieren sich somit an den gesellschaftlichen Vorgaben und Werten, die im Grundgesetz und der Verfassung festgelegt sind. Konkurrenz unter den Schulen, eine betriebswirtschaftliche Organisation und Ausrichtung von Schulen, eine Anbieterposition auf dem Bildungsmarkt und die da-

mit begründete eigene Rechtsfähigkeit von Schulen lehnt DIE LINKE ab.

Wir treten für die demokratische Verfasstheit der Schulen ein anstatt einer hierarchischen betriebsförmigen Organisation. Schule ist kein Betrieb und Schüler sind keine Kunden.

SPD

Wir stehen der Weiterentwicklung von Schulen zu selbstständigen Schulen, die in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten ist, positiv gegenüber. Die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Gestaltungsspielräume ermöglicht es den Schulen, neue pädagogische Wege auszuprobieren. Um dies zu erreichen, bedarf es einer Entlastung von verwaltungstechnischen Zwängen. Für ihre Schulentwicklung und Evaluation wollen wir den Schulen ein eigenes Budget zur Verfügung stellen.

Auf welcher Datenbasis wollen Sie die strategische Weiterentwicklung der beruflichen Schulen lenken?

CDU

Die Kalkulation der Schülerzahlen und des damit verbundenen Bedarfes an Lehrkräften, Schulgebäuden und -standorten sowie konzeptionellen Neuordnungen wie im Falle schulträger- oder länderübergreifender Fachklassen hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab, die kontinuierlich angepasst und neu bewertet müssen. Die Prognose wird dabei neben dem Anwahlverhalten der Schüler nach der Primarstufe auch von Trendvorhersagen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Berufsorientierung junger Menschen im Spannungsfeld von akademischer und beruflicher Bildung beeinflusst. Durch die bundesweit einzigartige 105-prozentige Lehrerversorgung sowie besondere Anstrengungen zur Rekrutierung von Lehrkräften begegnet Hessen zudem auch perspektivisch außergewöhnlichen Ereignissen und Herausforderungen wie jüngst der Zuwanderung im Gefolge der Asylkrise.

Bündnis90/Die Grünen

Auf dem Land sind berufliche Schulen von großer Bedeutung für die Frage, ob junge Menschen eine Ausbildung in ihrer Heimatregion machen können oder ob es sie in die Ballungsräume zieht. Aufgrund des demografischen Wandels kann nicht jeder Ausbildungsberuf an jeder beruflichen Schule angeboten werden. Wir wollen aber, dass es bei einem attraktiven Ausbildungsangebot auch an den beruflichen Schulen auf dem Land bleibt. Beispielsweise können wir uns vorstellen, in Ausbildungsberufen mit nur

wenigen Auszubildenden den Berufsschulunterricht in einen allgemeinen und einen berufsbezogenen speziellen Teil aufzuteilen, um so wenig Berufsschulunterricht wie möglich zentralisieren zu müssen und möglichst viele Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten.

FDP

Es ist notwendig, die derzeitigen vorliegenden Daten zu sichten und vor allem auch zu evaluieren. Da momentan Datenerhebungen vorgenommen werden, die aufgrund der Erfassungsstruktur nicht ausgewertet werden können, ist es sinnvoll, das System so zu verändern, dass valide Aussagen getroffen und Prognosen erstellt werden können. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen auch hierfür genutzt werden. Vor diesem Hintergrund ist dann auch die von Ihnen geforderte strategische Weiterentwicklung möglich, die sich jedoch nicht nur an Kennzahlen ausrichten lässt, sondern vor allem die Bedarfe der Schulen aber auch der Region in den Fokus nehmen sollen.

LINKE

Die Demographische Entwicklung muss ebenso berücksichtigt werden, wie strukturpolitische Veränderungen. In den Städten und in den ländlichen Regionen stehen unterschiedliche Herausforderungen an, was die Gewinnung von Fachkräften angeht. Die Nachfrage für Berufe verändert sich ebenso, wie die Struktur der Arbeitswelt.

Es ist u. E. nicht möglich, Teile der Jugend bei der Ausbildung zu vernachlässigen oder abzuhängen. Ausbildung ist nicht nur für die Jugendlichen wichtig. Auch die Firmen werden sich mehr selbst um die Ausbildung von Fachkräften bemühen müssen: mit mehr Ausbildungsplätzen, mit Förderung beim Lernen, mit Kooperationen zwischen Betrieben, mit überbetrieblichen Lehrwerkstätten bes. auf dem Land, mit inklusiven Programmen, Gesundheitsprogrammen usw.

SPD

Wir halten eine vorsorgende Bedarfsplanung für überfällig und werden eine mittelfristige Gesamtbedarfsplanung erstellen, die demografische Faktoren der von uns geplanten Reformen in Unterricht und Schulorganisation berücksichtigt und werden unter Einbeziehung einer seriösen Finanzkalkulation Mangelfächer, Personal-, Ausbildungs- und Qualifikationsbedarf definieren, um die erforderlichen Maßnahmen planen zu können. Um mehr Studierende für berufliche Schulen zu gewinnen, werden wir ein Hestensstipendium für Mangelfächer initiieren.

Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?

CDU

Als CDU Hessen erachten wir in einer soliden beruflichen Ausbildung das Fundament für gut ausgebildete Fachkräfte und damit für den Wohlstand in unserem Land. Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland seit Jahren den niedrigsten Wert aller EU-Staaten aufweist, verdanken wir in erster Linie der Arbeit der Lehrer an den Berufsschulen und dem Erfolgsmodell der dualen Ausbildung. Es ist daher unerlässlich, den hohen Stellenwert der beruflichen Ausbildung mit größtem Nachdruck zu unterstreichen und die Berufsorientierung in diesem Sinne zu stärken. Zudem gilt es die Perspektiven der beruflichen Bildung bereits beim Übergang in die Sekundarstufe zu verdeutlichen und auf einen Mentalitätswandel hinzuwirken, der sich im Sinne der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung von Studierendenquoten löst und Schülern mit Haupt- und Realschulabschluss die gebührende Wertschätzung zukommen lässt.

Bündnis90/Die Grünen

Die duale Berufsausbildung ist eine der Stärken Deutschlands und Hessens. Es ist kein Zufall, dass in unserem Land die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig und die Qualität unserer Berufsausbildung hoch ist. Hierzu leisten unsere beruflichen Schulen einen wesentlichen Beitrag. Wir sehen die verantwortungsvollen und vielfältigen Aufgaben, die Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen an beruflichen Schulen leisten und wissen um die Herausforderungen bei der Förderung der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. Wir GRÜNEN werden auch weiterhin die Anliegen der beruflichen Schulen gegenüber dem Kultusministerium vertreten.

FDP

Im Vergleich zur großen Zahl allgemeinbildender Schulen, die es in Hessen gibt, nehmen die gut 100 beruflichen Schulen in Hessen eine besondere Aufgabe wahr, denn sie werden von etwa einem Viertel aller hessischen Schülerinnen und Schüler besucht. Aufgrund ihrer Besonderheiten ist zu prüfen, ob sie nicht einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung erhalten sollten, der ihrer hohen Vielfältigkeit und Selbstständigkeit Rechnung trägt. Aber es ist dringend erforderlich, dass die besonderen Herausforderungen, vor denen die beruflichen Schulen stehen, wahrgenommen und verstanden werden und sie

als gleichwertig mit anderen Schulformen angesehen werden. Hier gibt es unseres Erachtens erhebliches Verbesserungspotential bei der derzeitigen politischen Führung des Kultusministeriums.

LINKE

DIE LINKE steht zum dualen System der Ausbildung. Vorteile sind: Verbindung von Theorie und Praxis, Möglichkeiten zur Überwindung soziokultureller Lernhemmnisse und auch gute Möglichkeiten für Inklusion.

Erfolgreich ist aber auch dieses System nur, wenn ausreichend Lehrkräfte unterrichten – bes. in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern – aber auch bei der Vermittlung sozialer Kompetenzen. Das werden wir auch zukünftig von der hessischen Bildungspolitik fordern.

Wir sehen aber nicht, dass die Ressourcen der beruflichen Schulen nur vom Schulträger und Land bereitgestellt werden können. Die enormen Veränderungen in der Arbeitswelt und die technische, digitale Ausstattung brauchen ein Bundesprogramm.

SPD

Das zuständige Referat für die Beruflichen Schulen im Kultusministerium wurde in den vergangenen Jahren eingedampft. Wir werden wieder eine eigene Abteilung im HKM für die beruflichen Schulen schaffen.

Arbeits- und Lernbedingungen in hessischen Schulen

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen gerecht zu werden und die beruflichen Schulen zu unterstützen, deren Gebäude und/oder Ausstattung/Anlagen etc. sanierungsbedürftig sind?

CDU

Gemäß § 155 des Hessischen Schulgesetzes obliegt die Verantwortung für die Errichtung und Unterhaltung der Schulgebäude den Kommunen als den verantwortlichen Schulträgern. Wie bereits in Frage 1 ausgeführt, stellt die CDU-geführte Landesregierung diesen gleichwohl im Rahmen des Programmes »KIP macht Schule« in den kommenden Jahren insgesamt 558 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln für eine Modernisierung von Schulgebäuden aller Schulformen zur Verfügung – nach bereits 1 Milliarde Euro an Fördermitteln für die Kommunen im Rahmen des KIP-I-Programmes aus dem Jahr 2015. Der Koalitionsvertrag der CDU-geführten Bundesregierung beinhaltet zudem eine Investitions-

offensive für Schulen, die zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm weitere Investitionen in die Bildungsinfrastruktur vorsieht und dabei ausdrücklich die besondere Situation an den beruflichen Schulen hervorhebt.

Bündnis90/Die Grünen

Bau, Ausstattung und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des Programmes soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen.

FDP

Wir fordern eine Schulentwicklungsplanung, die den Lebenswirklichkeiten und der Schülerschaft mit ihren Bedarfen gerecht wird. Marode Schulbauten, veraltete Gerätschaften und IT-Systeme sowie unzureichende Räumlichkeiten müssen der Vergangenheit angehören. Wir werden darauf achten, dass die vom Bund hierfür zugesagten zusätzlichen Mittel, wenn sie denn tatsächlich kommen, auch direkt den Schulen zu gute kommen und nicht in den Kanälen des Kultusministeriums versickern.

LINKE

DIE LINKE fordert ein Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro, um die teils desaströsen baulichen Zustände von Schulgebäuden zu verbessern. Das soll natürlich auch berufliche Schulen einschließen. Das bisherige Kommunale Investitionsprogramm ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für die Ausstattung der Schulen sehen wir das Land in der Pflicht. Die Bildungsausgaben müssen deutlich erhöht werden. Das geht mit einer sozial gerechten Steuerreform. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden.

SPD

Der Sanierungsstau an hessischen Schulen ist gewaltig, aber die Landesregierung fühlt sich nicht zuständig und interessiert sich auch nicht dafür, wie hoch der Bedarf ist. Sie verweist stets darauf, dass Schulbau und Schulunterhaltungsmaßnahmen, ebenso wie die Ausstattung mit Sachmitteln, zu den Maßnahmen der äußeren Schulverwaltung

zählen, die nach geltender Rechtslage von den Schulträgern aufzubringen sind.

Die SPD will die Kommunen endlich wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben angemessen erledigen und so die notwendigen Investitionen in Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeitstätten und andere Bereiche auch wirklich tätigen können. Darüber hinaus wollen wir eine Verstärkung der Schulbaumittel.

Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei zu ergreifen, um der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor*innen an beruflichen Schulen entgegen zu wirken?

CDU

Alleine in der laufenden Legislaturperiode hat die CDU-geführte Landesregierung 4.350 zusätzliche Lehrstellen geschaffen und den Schulen dadurch zusätzliche Spielräume ermöglicht. Die Maßnahmen zur beruflichen Attraktivitätssteigerung umfassten zudem neben einer spürbaren Besoldungserhöhung die Reduzierung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde. Mittlerweile sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in keinem anderen deutschen Flächenland höher als in Hessen. Die CDU Hessen ist sich ihrer Verantwortung für exzellente Rahmenbedingungen der Lehrerkollegien und Schulleitungen somit bewusst und wird im Rahmen der finanziellen Handlungsspielräume weiter an deren kontinuierlicher Optimierung arbeiten. Darüber hinaus sollen der Einsatz von Schulassistentenkräften und die Übernahme von Schulsekretärinnen in den Landesdienst zu einer wirkungsvollen Unterstützung im administrativen Bereich beitragen.

Bündnis90/Die Grünen

Die Anforderungen an die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Direktorinnen und Direktoren unterliegen einem stetigen Wandel und haben insgesamt zugenommen. Für die zusätzlichen Aufgaben brauchen unsere Schulen auch zusätzliche Unterstützung. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex, Integration, Inklusion) streben wir daher eine Verbesserung der Lehrerausstattung über die 105 Prozent hinaus an. Auch wollen wir den Ansatz ausbauen, die Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen zu unterstützen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrkräfte sowie Direktorinnen und Direktoren von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für pädagogische Arbeit schaffen. Außerdem bleibt unser Ziel die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und

Beamte. Für Lehrkräfte bedeutet dies eine Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung. Die befristeten Arbeitsverträge wollen wir weiter reduzieren.

FDP

Der deutlich überwiegende Anteil der Arbeitszeit einer Lehrkraft muss für pädagogische Arbeit zur Verfügung stehen. Eine moderne Schule kann es sich nicht leisten, wertvolle Zeit für Bürokratiemonster zu verschwenden. Die Menge an Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften, die das Kerngeschäft der Lehrkräfte unnötig einschränken, muss umfassend eingedämmt werden. Wir verlangen eine Kultur des Vertrauens in Schulen, Lehrerinnen und Lehrer statt dem allenthalben spürbaren Kontrollwahn des Kultusministeriums. Deshalb wollen wir auch Verwaltungsvorschriften mit Ablaufdatum und die Einrichtung einer Meldemöglichkeit für unnötig erscheinende Vorschriften für Lehrkräfte. Diese Vorschriften sind daraufhin zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen. Wir vertrauen darauf, dass Lehrkräfte die Praxistauglichkeit von Verwaltungsvorschriften besser einschätzen können als Schulämter und das Kultusministerium. Schulleitungen sollen durch Schulverwaltungsassistenten unterstützt werden, die organisatorische Verwaltungstätigkeiten übernehmen. Denkbar sind in großen Schulen auch Doppelspitzen aus pädagogischer Leitung und Verwaltungsleitung.

LINKE

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden: In den letzten Jahren wurden mehr Aufgaben an die Schulen vergeben, ohne dafür Entlastung zu schaffen.

Möglichkeiten zur Entlastung bieten zusätzliche Stellen, zum Beispiel in der Verwaltung, Fachkräfte für technische Wartung der IT, Betreuung und Beratung bei der Berufsorientierung usw.

SPD

Die SPD hat im Landtag vielfach auf die hohe und gestiegene Arbeitsbelastung von Lehrkräften und Schulleitern hingewiesen und Abhilfe gefordert. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sowohl eine Anhörung der Betroffenen als auch eine Studie zu den Belastungen abgelehnt.

Wir hingegen nehmen die Überlastung von Lehrkräften ernst und werden im Dialog mit den Betroffenen nach Lösungen suchen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Wir setzen auf zusätzliche Unterstützung, die wir durch den Ausbau multiprofessioneller Teams sowie durch Assistenzkräfte an allen

Schulformen schaffen wollen. Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle schaffen.

Uns ist bewusst, dass die Arbeitszeit von Lehrkräften nicht begrenzt auf Unterrichtsstunden ist, und deshalb neu realistisch zu definieren ist im Hinblick auf die erheblich veränderten Anforderungen des Berufs, wie beispielsweise Beratung, Förderpläne, Inklusion, Ganztagschule usw. Für schulinterne Absprachen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akteuren müssen aus unserer Sicht feste Kooperationszeiten angerechnet werden.

Auch Schulleitungsstellen bleiben zunehmend vakant. Um die Übernahme von Leitungsfunktionen in der Schule wieder attraktiv und effektiv zu gestalten, muss das Leitungsdeputat von Schulleitungen ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden. Wir wollen für eine bessere Vorbereitung und Begleitung für diese Positionen sorgen. Den Einsatz von zusätzlichen Verwaltungsfachkräften werden wir erleichtern. Fristgerechte Stellenbesetzungen müssen wieder selbstverständlich werden. Die mobile Vertretungsreserve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer (FlatF) eine Höherqualifizierung und eine entsprechende Besoldung ermöglicht wird?

CDU

Auf Initiative der CDU-Fraktion wurde im Jahr 2015 eine umfassende Prüfung der Voraussetzungen für Aufstiegsmöglichkeiten der FlatF beantragt. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, wie eine Weiterqualifizierung durch das berufsbegleitende Studium eines allgemeinbildenden Unterrichtsfaches ermöglicht werden kann. Da ein Aufstieg in den Höheren Dienst ausschließlich auf dem Weg des Hochschulstudiums und des Erwerbs des entsprechenden Lehramtes erreichbar ist, mussten vor allem alternative Aufstiegsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. In einem ersten Schritt wurden daraufhin zum Schuljahr 2016/17 insgesamt 20 Stellen der Wertigkeit A12 ausgewiesen, die an die Übernahme zusätzlicher Aufgaben mit einem höheren Anforderungsprofil gekoppelt waren. Diese Stellen sollen nach Auffassung der CDU Hessen künftig nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Bündnis90/Die Grünen

Das Anforderungsprofil an Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer ist in den letzten Jahren angewachsen und wesentlich komplexer geworden. Sie übernehmen zunehmend Tätigkeiten von Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern. Auch wenn es bislang nicht gelungen ist, halten wir an dem Ziel fest, Fachlehrkräften für arbeitstechnische Fächer durch auf ihre Lebens- und Arbeitssituation angepasste Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen eine höhere Besoldung zu ermöglichen.

FDP

Wir Freie Demokraten befürworten die Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer und sprechen uns dafür aus, die Realisierung von berufsbegleitenden und flexiblen Angeboten zu prüfen. Damit verbunden sind dann auch die Möglichkeiten der Verbesserung der Besoldung, da diese beamtenrechtlich geregelt ist.

LINKE

Allen FlatF sollte die Möglichkeit zur Weiterbildung und dann zu entsprechender Höhergruppierung gegeben werden. Dabei denken wir an ein berufsbegleitendes Studium / an eine berufsbegleitende Weiterbildung, für welches die FlatF einen Tag in der Woche freigestellt werden. Wichtig ist auch, dass bestehende qualifizierte Abschlüsse als Grundlage für die Weiterqualifizierung anerkannt werden.

SPD

Die SPD wird für Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer für eine Weiterqualifizierung mit entsprechender Besoldung sorgen. Um die permanente Lehrkräftefortbildung vor Ort zu stärken, wird die Hessische Lehrkräfteakademie um drei regionale Kompetenzzentren und ein Fortbildungskolleg mit der Zuständigkeit für berufsbegleitende Weiterentwicklung und Schulentwicklung erweitert.

Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Integration der Seiteneinsteiger*innen in die Arbeitswelt weiter voranzubringen?

CDU

Die unerlässliche Grundvoraussetzung für den Erwerb eines Schulabschlusses und der Integration in die Arbeitswelt ist nach Überzeugung der CDU Hessen das Erlernen der deutschen Sprache. Gerade bei Seiteneinsteigern ohne adäquate Sprachkenntnisse kommt daher dem Ausbau und



der Weiterentwicklung des unter Führung der CDU in Hessen etablierten schulischen Gesamtsprachförderkonzeptes eine entscheidende Rolle zu. Dessen Bausteine umfassen unter anderem auch die Intensivklassen an beruflichen Schulen im Rahmen des InteA-Programmes. Insgesamt standen im zurückliegenden Schuljahr 2017/18 bis zu 2.630 Stellen für den Gesamtbereich Sprachförderung und Integration von Seiteneinsteigern sowie Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache zur Verfügung. Die Zahl der Lehrerstellen wird monatlich angepasst, um auf geänderte Bedarfsentwicklungen ohne zeitlichen Verzug reagieren zu können.

Bündnis90/Die Grünen

Bei der Integration von Flüchtlingen sind berufliche Schulen besonders gefordert. Die Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA hat sich bewährt, aber nicht alle Jugendlichen erreichen am Ende die notwendigen Sprachkenntnisse und den Übergang in eine Berufsausbildung. Daher wollen wir die Maßnahmen im Anschluss an InteA, insbesondere die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB), weiter stärken. Neben der Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA wird in Zukunft der ausbildungsbegleitenden Sprachförderung eine besondere Bedeutung zukommen. Die Landesprogramme werden wir entsprechend anpassen. Wir werden die Angebote und Kapazitäten zum Nachholen von Schulabschlüssen weiter ausweiten. Die mit der Wirtschaft ins Leben gerufenen Ausbildungsprogramme »Wirtschaft integriert« und »Sozialwirtschaft integriert« wollen wir fortsetzen, ausbauen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

FDP

Gerade für einzelne Fächer im Bereich der beruflichen Bildung zeichnet sich zurzeit ein eklatanter Mangel an Lehrkräften ab, der wohl auch in den Folgejahren zunehmen wird. Daher müssen auch Fort- und Weiterbildungen für Seiteneinsteiger angeboten werden und langfristig Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und zu besseren Aufstiegschancen eröffnet werden. Fachliche aber auch pädagogische Qualitätsanforderungen gilt es zu wahren und die Angebote diesbezüglich zu überprüfen und ggf. anzupassen.

LINKE

Schülerinnen und Schüler als Seiteneinsteiger/innen: Die Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern:

Die starren Altersgrenzen müssen beseitigt, Klassengrößen wieder gesenkt, Lehrerinnen und Lehrer entlastet und bessere Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen ein Programm »Deutsch als Zweitsprache« (DaZ) zur Aus- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer auflegen und mehr DaZ-Lehrerinnen und -Lehrer einstellen.

Den Übergang zu einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz können Programme der Bundesagentur für Arbeit unterstützen – bestehende Programme müssen erweitert werden.

Seiteneinsteiger/innen in den Lehrberuf: Der Lehrkräftebedarf in den nächsten Jahren wird nur mit Hilfe von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zu decken sein, besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern und dort, wo Lehrkräftemangel besteht: an den Grundschulen aber auch an den beruflichen Schulen. Das ist nicht grundsätzlich problematisch, denn mit ihrer Lebenserfahrung, ihren beruflichen und menschlichen Kompetenzen sind Seiteneinsteiger/innen eine Bereicherung für den Schuldienst.

Jedoch braucht es ein pädagogisches Qualifizierungsprogramm, wenn z. B. Hochschulabsolventen wie Physiker oder Mathematiker oder Fachleute aus Betrieben an Schulen unterrichten sollen. Beispiele für eine berufsbegleitende Integration in den Schuldienst gibt es in anderen Bundesländern schon – beispielsweise in Brandenburg.

SPD

An den Schulen wollen wir gewährleisten, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger beim Ankommen im Klassenverbund und in die Schulgemeinde begleitet werden. Wir werden die Anzahl der Wochenstunden in den sogenannten Intensivklassen und die Besuchsdauer dem tatsächlichen Nachholbedarf anpassen, die personelle Ausstattung bedarfsgerecht aufstocken und in die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte investieren.

Daneben werden wir die nachholende Bildungsarbeit ausbauen. Für Quereinsteiger werden wir die Altersberechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre erhöhen, damit insbesondere Flüchtlinge einen Schulabschluss an beruflichen Schulen oder Schulen für Erwachsene erwerben können.

Welche Ressourcen beabsichtigt Ihre Partei den beruflichen Schulen für die Inklusion bereitzustellen?

CDU

In der laufenden Legislaturperiode wurde durch die Regierungskoalition das Kon-

zept der inklusiven Schulbündnisse umgesetzt, das eine regionale Kooperation der allgemeinen Schulen, der Förderschulen sowie der regionalen und überregionalen Beratungs- und Förderzentren vorsieht. In ein inklusives Schulbündnis sind dabei alle Schulen im jeweiligen Einzugsbereich des Bündnisses eingebunden. Dies schließt ausdrücklich auch die beruflichen Schulen ein, an denen die mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestatteten Beratungs- und Förderzentren bedarfsorientiert arbeiten. An Berufsschulen ist es zudem möglich, für Auszubildende in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung Klassen mit einer geringeren Klassengröße von 8 bis 16 Schülern zu bilden, um diese mit einer entsprechenden Lehrerzuweisung besonders zu unterstützen und zu fördern.

Bündnis90/Die Grünen

In immer stärkerem Maße besuchen Menschen mit besonderem Förderbedarf auch die beruflichen Schulen. Das neue Bundesteilhabegesetz wird zudem dazu beitragen, dass Menschen mit Behinderungen in stärkerem Maße ihren Weg auf dem regulären bzw. dem geförderten Arbeitsmarkt gehen und ihre Ausbildung an beruflichen Schulen machen können. Daher wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung von Inklusion an den beruflichen Schulen legen. Die Ansätze aus den allgemeinbildenden Schulen (bspw. Multiprofessionelle Teams, inklusive Schulbündnisse) müssen verstärkt auf die beruflichen Schulen übertragen und durch spezifische Maßnahmen ergänzt werden. Durch eine Rahmenvereinbarung mit den für die Eingliederungshilfe zuständigen Landkreisen und Städten wollen wir eine bessere Vernetzung, Versorgung und Qualifizierung der Teilhabeassistenz erreichen.

FDP

Die Umsetzung der Inklusion muss sich unabhängig von den Schulformen nach den tatsächlichen Bedürfnissen richten. Demzufolge muss auch hier das Wohl der Schülerin oder des Schülers in den Mittelpunkt gestellt werden, es müssen die notwendigen räumlichen, sachlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, und die Zusammenarbeit mit anderen Professionen erfolgen, um eine erfolgreiche Beschulung auch verwirklichen zu können. Aus diesem Grund kritisieren wir die momentane Situation, denn in den Schulen herrscht bei vielen Lehrkräften das Gefühl des Alleingelassen-seins. Beklagt wird fehlende Unterstützung und fehlendes Wissen (diagnostische Fähigkeiten und Entwicklung sowie Umsetzung

von individuellen Lernkonzepten). Hier bedarf es Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Denn sollte der aktuelle Kurs weitergefahren werden, dann sind letztendlich alle Schüler die Verlierer und der Inklusion würde ein Bärendienst erwiesen.

LINKE

DIE LINKE steht von Beginn an hinter der UN-Behindertenrechtskonvention, die Inklusion als Menschenrecht versteht. Inklusion gilt deshalb nicht nur für allgemeinbildende Schulen, sondern auch für berufliche Schulen und für die Ausbildung in den Betrieben. Dafür müssen entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden – personell, räumlich und auch für besondere Hilfsmittel, wenn nötig. Assistenzen und Hilfen am Arbeitsplatz sind noch kein Standard in beruflichen Schulen. Und Lehrkräfte benötigen zudem Unterstützung und Beratung, wenn inklusiver Unterricht gelingen soll.

Dabei sehen wir sowohl das Land Hessen als auch die Bundesregierung in der Pflicht.

SPD

Aus Sicht der SPD muss jede Schule in die Lage versetzt werden, inklusiv zu arbeiten. Um dies zu erreichen, wollen wir mit einem Masterplan Inklusion die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren und diesen Plan langfristig bzw. über eine einzelne Wahlperiode hinaus anlegen.

Wir wollen Förderpädagogen mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest, an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule einsetzen. Dafür werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrerbildung ausweiten, damit zukünftig alle Schulen ihren Aufgaben bei der Inklusion besser und ohne Qualitätsverlust gerecht werden können.

Berufliche Orientierung und BÜA

Welche Bedeutung hat die Berufsorientierung für Ihre Partei und welche Umsetzungsstrategie wollen Sie verfolgen?

CDU

Unter Führung der CDU hat die Landesregierung mit dem Erlass zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung erstmals alle Schulen einschließlich der Gymnasien zur Erstellung eines fächerübergreifenden Curriculums zur Berufs- und

Studienorientierung verpflichtet. Auch die Kooperation mit der Berufsberatung und außerschulischen Partnern, das Ableisten von Betriebspraktika und der Einsatz des Berufswahlpasses wurden als verbindliche Anforderungen definiert. Der Erlass ergänzt Maßnahmen wie die erfolgreiche Implementierung des Gütesiegels zur Berufs- und Studienorientierung in Hessen oder die Verankerung der Berufsorientierung als fester Bestandteil in der Lehramtsausbildung. Auf dieser Grundlage gilt es die Berufsorientierung künftig weiter zu stärken und dabei vor allem die sich durch besonders hohe Praxisanteile auszeichnenden Mittelstufenschulen weiter auszubauen.

Bündnis90/Die Grünen

Für Jugendliche und junge Erwachsene war und ist die Berufswahl eine wichtige und schwierige Entscheidung. Eine gute Beratung von Schülerinnen und Schülern über die verschiedenen Berufe ist daher unersetzlich. Für uns ist auch klar, dass Berufsorientierung an allen Schulformen einen wichtigen Platz hat. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren die Berufsorientierung auch in den gymnasialen Bildungsgängen gestärkt. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den Betrieben und den Schulen weitergehen. Dabei geht es beispielsweise um die Stärkung der Berufs- und Lebensweltorientierung in den Unterrichtsinhalten, die Gestaltung der Betriebspraktika und die Stärkung von Ausbildungsmessen oder ähnlichen Veranstaltungen, um einen direkten Informationsaustausch zwischen Schülerinnen und Schülern und möglichen Ausbildungsbetrieben zu ermöglichen.

FDP

In allen Bildungsgängen muss die Berufsorientierung und -beratung intensiviert werden, damit die Quote derer, die eine Ausbildung bzw. ein Studium abbrechen, möglichst gering ist. Sie ist praxisorientiert und in Kooperation mit außerschulischen Partnern zu gestalten. Dabei soll die Gleichwertigkeit akademischer und praktischer Ausbildungen betont und auf Anschlussmöglichkeiten hingewiesen werden. Wir bekennen uns ausdrücklich zur dualen Berufsausbildung, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Talentschmiede für unseren Wohlstand begründet. Die Berufsorientierung und -beratung muss daher mit einem Netzwerk von außerschulischen Partnern Schülerinnen und Schüler rechtzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen. Die bisherigen Praktika gehören auf den Prüfstand. Eltern sind dabei einzubeziehen, da sie maßgeblich an den

Entscheidungsprozessen und der Auswahl des Bildungsweges beteiligt sind.

LINKE

DIE LINKE schätzt eine Berufsorientierung sehr hoch ein. Dabei sehen wir die Förderung und Entwicklung eines jungen Menschen im Vordergrund und nicht vorrangig wirtschaftliche Interessen.

Berufsorientiert arbeitende Schulen ermöglichen Schülerinnen und Schülern mit Lernhemmnissen andere Wege zum Schulerfolg und können Nachteile ausgleichen. Nicht erst in der Berufsschule sollte Berufsorientierung eine Rolle spielen, sondern in allen Schulformen. Das Fach Arbeitslehre soll verbindliches Unterrichtsfach sein.

Doch zu einer guten Berufsorientierung gehört auch, dass Betriebe in angemessenem Ausmaß Ausbildungsplätze schaffen oder sich an gemeinsamen Auszubildenden beteiligen. Diese Verbünde müssen wieder stärker gefördert werden. Um nicht auszubildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Ausbildungumlage starten.

SPD

Die SPD will einen stärkeren Fokus auf die Berufsorientierung legen, damit alle Schülerinnen und Schüler ihre Berufswahlentscheidung gut überlegt treffen können und der Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf fließend ist.

Aus unserer Sicht ist es hilfreich, schon in der Grundschulzeit die Basis dafür zu legen, etwa durch handwerkliches Arbeiten und die frühzeitige Förderung von Kindern in den MINT-Fächern. Darüber hinaus wollen wir Schülerinnen und Schüler über die duale Ausbildung als Teil der beruflichen Orientierung informieren und Kompetenzfeststellungen sowie individuelle Beratungen als Grundlage für die Berufswahlprozesse flächendeckend an allen weiterführenden Schulen einführen. Berufsorientierung, wie sie im Fach Arbeitslehre vermittelt wird, wollen wir auch an Gymnasien mit Pflichtstunden unterlegen und genügend Zeit und Raum in allen Schulformen dafür gewähren. Praktika sollten aus unserer Sicht in der Schule gut vor- und nachbereitet werden.

Auch die Lehrkräfte müssen sich für die Möglichkeiten der Berufswahl ihrer Schülerschaft auf dem aktuellen Stand halten und sich mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen austauschen. Zur Berufsorientierung an den Schulen werden wir ein Konzept für regelmäßige Praxistage, die Lehrkräften ei-



nen kurzen und intensiven Einblick in die Arbeitswelt und Ausbildungsberufe ermöglichen, entwickeln.

Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht Ihre Partei im Hinblick auf die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)?

CDU

Das Konzept der BÜA wird zunächst im Rahmen eines vierjährigen Schulversuches an zwölf Standorten mit insgesamt 26 beruflichen Schulen bzw. Schulverbänden durchgeführt. Das Ziel dieser Reform des Übergangssystems ist eine bestmögliche Qualifikation für den Übergang in eine duale Berufsausbildung durch die Zusammenführung der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, der einjährigen höheren Berufsfachschule und der zweijährigen Berufsfachschule zum mittleren Abschluss. Die Umsetzung des Schulversuches wird von der TU Darmstadt wissenschaftlich begleitet und von der Hessischen Lehrkräfteakademie begleitend evaluiert. Auf der Grundlage dieser Befunde gilt es die Eckpunkte des Konzeptes in Zusammenarbeit mit den beteiligten Schulen und den Kooperationspartnern aus der Wirtschaft auszuwerten und in einem praxisbegleitenden Verfahren bedarfsorientiert anzupassen und weiter auszubauen.

Bündnis90/Die Grünen

Der Schulversuch »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung« (BÜA) ist auf insgesamt vier Jahre angelegt, damit zwei

Durchläufe erprobt werden können. Auf Grundlage dieser Erfahrungen mit BÜA wollen wir Nachsteuerungen vornehmen. Wir werden den Schulversuch und seine Übertragung auf weitere berufliche Schulen weiter fördern, um so den Übergang von Schule in den Beruf für alle Beteiligten gewinnbringend zu gestalten.

Unsere Ziele dabei sind klar: Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen.

FDP

Wir Freie Demokraten verfolgen mit großem Interesse die Realisierung des Schulversuchs »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA«, und die begleitende Evaluation. Es muss sich zeigen, ob sich die ersten positiven Eindrücke und Rückmeldungen auch in der Fortführung bestätigen lassen und die Zielsetzungen realisiert werden können. Es wird vor allem nach dem ersten Schuljahr ersichtlich, ob die Übergänge in BÜA Stufe II oder die duale Ausbildung wie angestrebt und mit Ressourcen hinterlegt gelingen kann. Dementsprechend müssen Möglichkeiten zur Nachjustierung gegeben sein und vor allem müssen die Evaluationsergebnisse ausgewertet werden. Grundsätzlich sollten die Maßnahmen zur individuellen und differenzierten Förderung sowie zur Berufsorientierung nicht auf BÜA beschränkt werden.

LINKE

Begrüßenswert ist der Versuch, das Wirrwarr des »Übergangssystems« von allgemeinbildenden Schulen zur Berufsbildung/ zu einem weiterführenden Bildungsgang zu vereinfachen. Auch dass es Hilfen zum Lernen geben soll und mit betrieblichen Phasen Einblicke in die Arbeitswelt vermittelt werden können ist gut gedacht. Wir begrüßen eine Obergrenze bei der Klassenstärke.

Kritisch sehen wir, dass lediglich ein Drittel der Schüler/innen aus Stufe I nach Stufe II gehen können, weil nicht genug Lernressourcen verfügbar sind. Weiterhin ist problematisch, dass es – ebensowenig wie zuvor – gesichert ist, auch einen Ausbildungsplatz zu erhalten. BÜA soll ja genau diesen Übergang verbessern – doch die hessische Wirtschaft bietet nicht ausreichend Ausbildungsplätze an.

Es gibt in BÜA eine sehr heterogene Schülerschaft mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Abschlüssen. Genau das erfordert eine sehr gute Ausstattung mit Lehrkräften aber auch Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagogen/innen. Ausreichende Stundenkontingente wären nötig, die u.E. nicht vorhanden sind.

SPD

Wir stellen den zum Schuljahr 2017/18 gestarteten Schulversuch »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung – BÜA« nicht in Frage. Ob ein Nachsteuerungsbedarf besteht, entscheiden wir nach den Evaluationen, die im Rahmen des Schulversuchs vorgesehen sind.



Wahlprüfsteine der Parteien: Das sagt der glb

VON MONIKA OTTEN, JÜRGEN FACHINGER, DR. CHRISTIAN LANNERT

Am 28. Oktober 2018 findet die Wahl zum 20. Hessischen Landtag statt. Rund 4,4 Millionen Hessen zwischen Kassel und Darmstadt, Limburg und Fulda sind zur Wahl aufgerufen. Natürlich haben auch die Kolleginnen und Kollegen an den Beruflichen Schulen großes Interesse daran, die Positionen der politischen Parteien zu bildungspolitischen Themen in Hessen kennenzulernen.

Der Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Hessen e. V. (glb) hat zu diesem Zweck zwölf Wahlprüfsteine formuliert, um Haltungen und Vorhaben der Parteien zu messen. Diese fragen unter anderem nach den personellen und sächlichen Ressourcen für die hessischen Beruflichen Schulen, den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und der Stärkung der Beruflichen Schulen im Hessischen Kultusministerium. Ebenso im Fokus des Interesses standen die Themen Digitalisierung, Berufliche Orientierung und der Schulversuch »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung« (BÜA).

Im Vorfeld der Wahl stellten sich die bildungspolitischen Sprecher*innen der momentan im Hessischen Landtag vertretenen Parteien in deren Fraktionsräumen der Diskussion mit dem glb. Dieser wurde vertreten durch Monika Otten, Landesvorsitzende, Jürgen Fachinger, Vertreter für Grundsatzfragen und Dr. Christian Lannert, Vertreter für Öffentlichkeitsarbeit.

Die Antworten der Parteien auf die Fragen unseres Verbandes dokumentieren und kommentieren wir hier für unsere Mitglieder.

Herausforderungen der Digitalisierung

- Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Herausforderungen der Digitalisierung an Beruflichen Schulen begegnen?
- Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen würden Sie installieren vor dem Hintergrund der Digitalisierung und kommender Neuordnungen der Ausbildungsberufe im dualen System?

Die vom glb schon seit Langem geforderte Planungssicherheit und inhaltliche Klarheit bezüglich der Vermittlung von Medienkompetenzen wird nur sehr allgemein von den Parteien beantwortet. Die Möglichkeiten, die sich durch die Neuen Medien ergeben, wird von fast allen Fraktionen als Chance betrachtet. Eine konzeptionelle Umsetzungsstrategie, wie diese Chancen sich zum einen auf die Verwaltungs- und Organisationsprozesse und zum anderen unterrichtlich realisieren lassen, soll jede Schule selbst entwickeln. Dies hört sich charmant an, bedeutet aber für die Beruflichen Schulen, dass sie für alle Schulformen und Ausbildungsberufe (im Idealfall) ein Medienkonzept erstellen müssen, welches fächerübergreifend die von der KMK geforderten Kompetenzen nachhaltig vermittelt. Der glb ist fest davon überzeugt, dass die Kompetenzen diesbezüglich an den Berufsschulen vorhanden sind, der Umfang und die Komplexität dieser Aufgabe jedoch nur dann professionell von den Schulen bearbeitet werden können, wenn dafür zusätzliche auskömmliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist es sicher angebracht ein hessenweites Gremium zu installieren, welches Mindestanforderungen definiert und curriculare Vorschläge ausarbeitet, die dann von den Schulen auf die regionalen Möglichkeiten angepasst

werden können. Auf diese Weise werden die Schulen entlastet, ein hessenweiter Standard gesetzt und den Schulen genügend Handlungsspielräume gegeben, dies auf ihre spezifischen Besonderheiten anzupassen.

Die fraktionsübergreifende Aussage alle (Beruflichen) Schulen mit moderner Technik, ausreichenden Schulungsmöglichkeiten und regionalen Medienzentren auszustatten, ist nicht neu. In der Realität haben sich diesbezüglich die letzten Jahre in einzelnen Regionen Enklaven gebildet, die als gute Beispiele genommen werden können. Dies hat aber weniger damit zu tun, dass die Rahmenbedingungen seitens des Ministeriums bzw. von politischer Seite dies gefördert haben, sondern vielmehr engagierte Teams vor Ort in eigener Regie organisieren. Diese gute Praxis zu fördern und fest zu verankern, ist nur zum Teil gelungen. Betrachtet man alle Beruflichen Schulen, so ist eine sehr heterogene digitale Hardwarestruktur vorhanden. Dieses Bild ist bei den methodisch-didaktischen Kompetenzen bezüglich der Vermittlung von Medienkompetenzen ähnlich. Die Fortbildungsangebote erscheinen auch hier auf den ersten Blick vielversprechend, sind aber insbesondere für die IT-Berufe, Metall- und Elektrotechnikausbildung aber auch in den kaufmännischen und sozialen Berufen nicht in allen Bereichen ausreichend, um die von der Industrie geforderten Kompetenzen im Unterricht zu vermitteln. Die Bereitschaft der Lehrkräfte sich diesen Herausforderungen zu stellen ist vorhanden. Diese Expertisen parallel zum unterrichtlichen Alltag aufzubauen, ist aber nur sehr begrenzt möglich. Die Aussagen der Fraktionen dazu zeigen, dass dies erkannt wird, klare Konzepte, wie dies realisiert werden kann, bleiben offen. Der glb fordert diesbezüglich mehr als die Aussage: »Dies können die Schulen am besten in eigener Regie umsetzen.« Wenn in eigener Regie, dann aber auch mit auskömmlichem und langfristig angelegtem Budget, welches über die Möglichkeiten der Verwendung von Personalmittel (großes Schulbudget) hinausgeht.

Unser Fazit aus den Gesprächen mit den einzelnen Fraktionen ist, dass alle die Beruflichen Schulen im Bereich der Digitalisierung gut aufstellen und unterstützen möchten. Einen konkreten Plan, wie dies umgesetzt werden kann, steht in vielen Bereichen noch aus. Insbesondere die Regierung und das Kultusministerium halten sich sehr bedeckt, wenn es um Informationen zur Umsetzung der von der KMK geforderten Kompetenzen im Bereich der Beruflichen Schulen geht. Da dieses Thema schon seit Jahren aktuell ist, stellt sich hier die Frage: Warum hat sich diesbezüglich in den letzten fünf Jahren so wenig entwickelt, was den Beruflichen Schulen als Rahmen für eine langfristige Planung hilft?

Weiterentwicklung und Stellenwert der Beruflichen Schulen in der Kultuspolitik

- Wie steht Ihre Partei einer Forcierung des Ausbaus der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schulen gegenüber?
- Auf welcher Datenbasis wollen Sie die strategische Weiterentwicklung der beruflichen Schulen lenken?
- Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?



Alle Fraktionen halten den Weg der Selbstständigen Beruflichen Schulen (SBS) für richtungsweisend und wollen dies weiterhin unterstützen. Wie sieht das in der Realität aus? Die Verwendung der finanziellen Mittel kann von den Schulen nur in einem eng begrenzten Rahmen eingesetzt werden (u. a. Fortbildung, Personal). Insbesondere in den Fachbereichen Metall- und Elektrotechnik können die personellen Lücken kaum durch kurzfristige TV-H Verträge (mit Fachpersonal) geschlossen werden, sodass diese Personalmittel sich kumulieren und nach Erlasslage in die Kassen des Finanzministeriums zurückfließen. An dieser Stelle sei bemerkt, dass das Referat II.2.1 (u. a. Zuweisungen für Schulen) alle Bemühungen unternimmt diese Gelder erlasskonform den Beruflichen Schulen zu erhalten. Auch die sogenannte Personalhoheit der SBS ist oft nur auf dem Papier vorhanden und muss in einigen Regionen für personelle Fehlplanungen der SSÄ herhalten.

Eigentlich sind die vorhandenen Konzepte und Erlasslagen eine gute Grundlage für die Entwicklung zu einem selbstständigen beruflichen Bildungssystem. Was den Schulen fehlt, sind zeitnah agierende Partner in den SSÄ und im HKM, die gemeinsam mit den Schulen die Selbstständigkeit weiterentwickeln und lösungsorientiert Stolpersteine aus dem Wege räumen.

Womit wir bei der Frage sind: Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?

Hier sind die Oppositionsparteien durchaus bereit dem »Schrumpferat III.B« eine Aufwertung zu geben, indem eine Rückführung in eine eigene Abteilung für sinnvoll angesehen wird.

Die aktuelle Regierung sieht das Großreferat III.B gut aufgestellt und denkt weniger über eine Aufwertung nach. Dem glb ist diesbezüglich nicht klar, was die Regierung und die Leitung des Großreferats unter gut aufgestellt verstehen. Tatsache ist es, dass das Personal stark reduziert wurde, welches konsequenterweise mit einer Abschaffung von wichtigen Referaten einherging. Betrachtet man das noch vorhandene Personal und die Fluktuation in den letzten Jahren, ist festzustellen, dass nur noch eine handvoll feste Mitarbeiter*innen die Anliegen Beruflicher Schulen bearbeiten und im regen Austausch Abordnungen ihr Portfolio pflegen, um nach kurzer Zeit als Schulleitung das Haus zu verlassen. Insbesondere die Stellenbesetzungsverfahren in diesem Großreferat erscheinen dem glb weniger transparent, da es kaum Bewerbungsverfahren gibt, die im Sinne der Bestenauslese einem größeren Bewerberkreis Chancen geben sich zu bewerben und ihre langjährigen Erfahrungen und Netzwerke dort einzubringen. Bedingt durch die eher weniger vorhandene Praxiserfahrung an Beruflichen Schulen in den Leitungspositionen sieht der glb auch die Gefahr, dass sich die Tendenz der Parallelweltentwicklung verschärft, indem es die Realität an den Schulen gibt und eine Kultusbürokratie, die nur sehr verzerrt diese Realität als Grundlage ihrer Arbeit erkennt bzw. anerkennt. »In Bayern würde man sagen Ober schlägt Unter«. Insbesondere bei den Zuständigkeiten für die Selbstständigen Beruflichen Schulen ist es für den glb nur schwer nachvollziehbar, weshalb keine besonderen Anstrengungen unternommen wurden, Personen mit exzellenter Expertise in dieser Funktion zu belassen und eine Perspektive aufzuzeigen. Geht es hier noch um die Sache (zu Erinnerung: Weiterentwicklung der SBS und Aufforderung/Begleitung der anderen Beruflichen Schulen sich diesem Weg anzuschließen) oder geht es hier darum Personen zu positionieren, die im Sinne der »Obrigkeit« funktionieren.

Der glb sieht eine zukunftsfähige Berufsschullandschaft in Hessen nur dann, wenn eine konstruktiv kritische, sachorientierte und innovative Grundhaltung vom Großreferat III. B ausgestrahlt und gelebt wird. Das wäre dann auch der Nährboden für eine zeitnahe und flexible Gestaltung von Bildung 4.0, im Rahmen der Digitalisierung.

Arbeits- und Lernbedingungen in hessischen Schulen

→ Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen gerecht zu werden und die Beruflichen Schulen zu unterstützen, deren Gebäude und/oder Ausstattung/Anlagen etc. sanierungsbedürftig sind?

→ Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei zu ergreifen, um der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor*innen an Beruflichen Schulen entgegen zu wirken?

→ Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass Fachlehrer*innen für arbeitstechnische Fächer (FlatF) eine Höherqualifizierung und eine entsprechende Besoldung ermöglicht wird?

→ Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Integration der Seiteneinsteiger*innen in die Arbeitswelt weiter voranzubringen?

→ Welche Ressourcen beabsichtigt Ihre Partei den Beruflichen Schulen für die Inklusion bereitzustellen?

Der Zustand der Schulgebäude und deren Ausstattung ist in Hessen alles andere als zufriedenstellend. Sicherlich gibt es auch einige sogenannte »Leuchttürme« oder auch Vorzeigebispiele. Aber ein beachtlicher Teil der Gebäude befindet sich leider in schlechtem Zustand und kann zum Teil nur noch als »marode« bezeichnet werden. Über »Leuchtturmprojekte« wird medienwirksam im Fernsehen und in der Presse berichtet. Das entspricht aber im Hinblick auf die Ausstattung mit technischen Anlagen, IT-Infrastruktur etc. nicht den Gegebenheiten in vielen beruflichen Schulen.

Leider wird allzu häufig von verschiedenen Vertreter*innen der verschiedenen politischen Parteien auf die Schulträger verwiesen. Es ist sicherlich richtig, dass die Verantwortung bei diesen liegt, aber es ist auch bequem auf sie zu verweisen. Notwendig sind hier innovative Wege, um das Problem gemeinsam angehen zu können. Im Interesse der gleichen Bildungschancen für alle müssen der Bund, das Land Hessen sowie die Kommunen zusammenarbeiten. Nicht alle Kommunen verfügen über die gleichen finanziellen Mittel. Das bedeutet für Schüler*innen und Studierende in ärmeren Kommunen unter Umständen eine Aus- und Weiterbildung, die nicht dem aktuellen Stand der Technik und der Informations- und Kommunikationstechnologie entspricht.

Absichtserklärungen dies zu ändern sind bei verschiedenen Parteien vorhanden. Wir werden die künftige Regierung an der Konkretisierung und Umsetzung von Maßnahmen und deren Erfolg messen!

Der Aussage, dass der deutlich überwiegende Anteil der Arbeitszeit einer Lehrkraft für pädagogische Arbeit zur Verfügung stehen muss, ist uneingeschränkt zuzustimmen. Zwar wurde uns von Seiten des Hessischen Kultusministeriums schon bei verschiedenen Gelegenheiten vorgerechnet, wie viele zusätzliche Stellen in den vergangenen Jahren geschaffen wurden und um wie viel höher die Zuweisung an die Schulen sei, aber dennoch ist aus unserer Sicht Fakt, dass dies aufgrund der vielen zusätzlichen Aufgaben nicht auskömmlich ist. Zudem ist eine höhere Zuweisung nicht gleichbedeutend mit mehr Personal vor Ort. Das Personal muss auch auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sein und hier haben die beruflichen Schulen in zunehmendem Maße und auf zunehmenden Gebieten ein Problem bei der Akquise von qualifiziertem Personal sowie von geeignetem Personal, das sich qualifizieren möchte. Die Einstellung von Schulverwaltungskräften und IT-Administratoren sowie sozialpädagogischen Fachkräften ist ein Schritt in die richtige Richtung. Notwendig wären aber auch eine Erhöhung der verschiedenen Deputate für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie eine Absenkung der Pflichtstunden, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen, die nicht anderweitig übernommen werden können. Eine Verbesserung →

der Arbeitsbedingungen kann dazu beitragen, dass qualifiziertes Personal wieder Interesse an einer Tätigkeit im Schuldienst hat, insbesondere in einer Leitungsfunktion.

Der glb hat sich zur Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor*innen eindeutig positioniert und in einer Anhörung im Hessischen Landtag Stellung genommen. (Anmerkung: Lesen Sie dazu den einschlägigen Artikel in dieser Ausgabe der Impulse)

Berufliche Schulen sind Teil der inklusiven Schulbündnisse, denen stehen ihnen derzeit vielfach nicht die notwendigen Ressourcen durch entsprechend geschulte Fachkräfte zur Verfügung. Auch mangelt es an Ausbildung und Qualifizierung während des Studiums, im Vorbereitungsdienst sowie im Verlaufe des Berufslebens einer Berufsschullehrkraft. Wir stimmen mit den bildungspolitischen Sprecher*innen darin überein, dass das Wohl der Schüler*innen und Studierenden in den Mittelpunkt zu stellen ist. Es müssen aber die notwendigen räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen dafür geschaffen werden und die Zusammenarbeit mit anderen Professionen muss erfolgen, um eine erfolgreiche Beschulung auch verwirklichen zu können. Das Hessische Kultusministerium sowie die einschlägigen Hochschulen und die Schulträger sind hier in der Pflicht für Verbesserungen zu sorgen.

In vielen unserer Gespräche haben wir zudem darauf hingewiesen, dass die Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer aufgrund der geltenden Pflichtstundenverordnung eine Stunde mehr arbeiten müssen als Lehrkräfte mit dem Lehramt für Berufliche Schulen mit der Begründung, dass sie angeblich weniger Unterrichtsvor- bzw. -nachbereitung zu leisten hätten. Dies entspricht aber nicht mehr der gegenwärtigen Realität an den Beruflichen Schulen.

Das Anforderungsprofil an Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer ist in den letzten Jahren angewachsen und wesentlich komplexer geworden. Sie übernehmen zunehmend Tätigkeiten von Lehrkräften mit dem Lehramt für berufliche Schulen. Begrüßenswert sind hier die Absichtserklärungen verschiedener Parteien für Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer für eine Weiterqualifizierung mit entsprechender Besoldung zu sorgen.

Neben der Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA wird in Zukunft der ausbildungsbegleitenden Sprachförderung eine besondere Bedeutung zukommen. Der glb begrüßt hier die Absicht, die einschlägigen Landesprogramme entsprechend anzupassen. Gleiches gilt für die Ausweitung der Angebote und Kapazitäten zum Nachholen von Schulabschlüssen, die Beseitigung der starren Altersgrenzen und eine Senkung der Klassengrößen. Wir hoffen sehr, dass diese Absichten weiterverfolgt und in der nächsten Legislaturperiode erfolgreich umgesetzt werden können.

BÜA und Berufliche Orientierung

- Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht Ihre Partei im Hinblick auf die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)?
- Welche Bedeutung hat die Berufsorientierung für Ihre Partei und welche Umsetzungsstrategie wollen Sie verfolgen?

Mit dem Schuljahr 2017/18 begann in Hessen der Schulversuch »Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung« (BÜA). Mit 26 teilnehmenden Schulen, in denen rund 2000 Schülerinnen und Schüler von etwa 900 Lehrkräften unterrichtet werden, ist es einer der größten Schulversuche der letzten Jahre. In der zweijährigen BÜA werden drei Vollzeitschulformen des berufsschulischen Übergangsbereiches zusammengeführt. Vorrangiges Ziel ist die Vermittlung der Jugendlichen in eine duale Ausbildung schon während des ersten Jahres und die ausbildungsbegleitende Erlangung

eines Haupt- oder mittleren Schulabschlusses. BÜA setzt nach der Devise »Anschluss vor Abschluss« unter anderem auf eine intensive Berufliche Orientierung und eine Bewertung der Jugendlichen nach Kompetenzrastern. Der Erfolg des Schulversuchs hängt daher einerseits von einer ungestörten Erprobung und Entwicklung ab und andererseits von einem Zusammenwirken von Schule, Elternhaus und Wirtschaft, um den Jugendlichen einen planvollen kohärenten Berufsweg zu ermöglichen und zielloses Treibenlassen und frustrierende Warteschleifen zu verhindern.

Aus Sicht des glb ist es erfreulich, dass die Landtagsparteien dem Schulversuch ihre Unterstützung zusichern und die Ziele von BÜA teilen. Ebenso begrüßenswert ist, dass die Parteien die Frage des Nachsteuerungsbedarfs von den Ergebnissen der Evaluationen abhängig machen wollen. Die wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs, die von der TU Darmstadt getragen wird, eröffnet die Chance einer objektiven Beurteilung des Schulversuches in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren. Übereilter politischer Aktionismus würde hier allenfalls die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an den BÜA-Schulen erschweren.

Berufliche Orientierung ist auch über BÜA, deren Markenkern sie ist, hinaus ein zentrales schulisches Aufgabenfeld. Der glb begrüßt, dass die Parteien Berufliche Orientierung in allen Schulformen verankern möchten, im Unterricht und darüber hinaus in der Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und weiteren Akteuren.

Auffällig ist, dass die Beruflichen Schulen in den Ausführungen der Parteien und den persönlichen Gesprächen mit den bildungspolitischen Sprechern kaum eine Rolle spielten. Hier herrscht die Meinung vor, berufliche Schulen würden per se Berufliche Orientierung betreiben. Doch brauchen sie ebenso wie andere Schulen auch ein wirksames System Beruflicher Orientierung. Gerade BÜA zeigt, wie wichtig und anspruchsvoll die Aufgabe ist, jungen Menschen den Weg in eine Berufslaufbahn zu ebnet.

Wer dies negiert, zeigt, dass er gedanklich Berufliche Schulen mit Berufsschulen gleichsetzt, wo der Berufsweg in der Tat vorgezeichnet zu sein scheint. (Obwohl auch hier hohe Abbrecherquoten auf hohen Handlungsbedarf hinweisen).

Berufliche Orientierung in Schulen kann nur gelingen, wenn die Lehrkräfte über die Kompetenzen und Ressourcen verfügen, sie zu gestalten: Das Wissen um Maßnahmen und Angebote, die Möglichkeit, diese zu einem kohärenten Gesamtkonzept im Sinne etwa der OLOV-Kriterien zusammenzuführen und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit im regionalen Netzwerk. Die Schule alleine kann diese anspruchsvolle Aufgabe ohne die Unterstützung der Wirtschaft oder der Eltern nicht leisten.

Wünschenswert wäre eine Verankerung des Themas in der Lehrerbildung. Eine Lehrkraft, die sich mit der Umsetzung von Digitalisierung befassen muss, ohne in Studium und Vorbereitungsdienst mit Computern und Internet in Berührung gekommen zu sein, ist undenkbar. Das gleiche trifft auf eine Lehrkraft zu, die ohne entsprechende Vorbildung einen wesentlichen Schulentwicklungsprozess wie den der Beruflichen Orientierung gestalten muss.

Hessen verfügt mit OLOV über eine bundesweit einmalige Struktur. Hohe Abbruchquoten in Studium und Ausbildung bei einer unvermindert hohen Anzahl unbesetzter Lehrstellen unterstreichen die Notwendigkeit, den Ankündigungen der Parteien Taten folgen zu lassen.



Änderung des Schulgesetzes: Stellungnahme des glb im kulturpolitischen Ausschuss des Landtages

VON MONIKA OTTEN, LANDESVORSITZENDE

»...Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes Artikel 1 § 69 des Hessischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2017 (GVBl. S. 150) wird wie folgt geändert:

**1. Als neuer Abs. 5 wird eingefügt:
'(5) Die Schülerinnen und Schüler dürfen durch ihr Verhalten oder ihre Kleidung die Kommunikation mit den Beteiligten des Schullebens nicht in besonderer Weise erschweren. Dies gilt nicht, wenn einzelne Tätigkeiten oder besondere gesundheitliche Gründe eine Ausnahme erfordern.'**«

Wir begrüßen den Gesetzentwurf. Kommunikation besteht aus verbalen und non-verbalen Anteilen, wobei Mimik und Gestik einen Anteil von 55 % haben. Die nonverbale Kommunikation wird durch die Vollverschleierung permanent und von vornherein unterbunden. Sie gehört aber wesentlich zur Kommunikation. Das Fehlen von Mimik erschwert es den Lehrkräften, ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nachzukommen. Zudem ist es in Klausur- und Prüfungssituationen nicht gewährleistet, dass die zu prüfende Person auch tatsächlich anwesend ist und sich nicht durch andere Personen vertreten lässt, von massiven Größenunterschieden einmal abgesehen.

Einen Schüler kann ich bitten, die Kappe mit großem Schirm abzunehmen. Das geschieht in der Regel mit mehr oder weniger höflicher Entschuldigung. Eine Schülerin, die aus persönlichen Gründen religiös motiviert eine Vollverschleierung trägt oder durch familiär erzwungene Gründe, wird dem Bitten, diesen Schleier abzulegen, nicht nachkommen. Noch ist mir persönlich kein Beispiel einer vollverschleierten Schülerin oder eines Schülers – das ist ja nicht ohne weiteres erkennbar – präsent. Wir leben aber in einer sich verändernden Gesellschaft. Wenn mir auch jetzt noch kein Fall persönlich bekannt ist, so kann es doch in Zukunft dazu kommen.

Warum also nicht den Sachverhalt antizipieren, dass es mehr als bisherige Einzelfälle werden könnten und mehr Klarheit für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen schaffen und diese nicht zu zwingen, sich mit Erlassen etc. zu beschäftigen, die den Juristinnen und Juristen der staatlichen Schulämter im Jahre 2012 zugegangen sind und von dem die Schulen nur im Einzelfall und soweit erforderlich Kenntnis erlangt haben?. Dies muss jetzigen oder künftigen Kolleginnen und Kollegen gar nicht bekannt sein. Aber im Hinblick auf das Hessische Schulgesetz ist es hilfreich, wenn es dort steht und schnell nachzuschlagen ist.

Wenn sich Kolleginnen und Kollegen selbst auf die Suche nach einschlägigen Regelungen machen müssen und sich auch noch mit der Schulleitung in Verbindung setzen müssen und diese wiederum mit den Juristinnen und Juristen der staatlichen Schulämter, bündelt dieses Ressourcen, die sinnvoller im pädagogischen Handeln eingesetzt werden könnten. An ausreichenden Ressourcen mangelt es unseres Erachtens ohnehin schon mehr als genug für die vielfältigen Aufgaben im pädagogischen Alltag.



Bericht vom SPD-Landesparteitag

»Unsere Schulen modernisieren.« –

Eines der zentralen Themen im Landtagswahlkampf und im Regierungsprogramm der SPD

VON MONIKA OTTEN, LANDESVORSITZENDE

350 Delegierte des Landesparteitages und der Landesvertreterversammlung entschieden am 9. Juni 2018 im RheinMain Congress Center in Wiesbaden über die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl am 28. Oktober und das Regierungsprogramm der SPD.

Geladen waren auch Gäste aus den Verbänden, so auch die Landesvorsitzende des glb, Monika Otten. Ebenso wie der dbb Hessen Landesvorsitzende Heini Schmitt und weitere Landesvorsitzende der dbb-Mitgliedsverbände nahm sie an der Veranstaltung teil, um vor Ort Netzwerkarbeit zu betreiben und die Änderungsanträge zum Regierungsprogramm zu kennen zu lernen.

Aus Sicht des glb ist es sehr erfreulich, dass auch ein Änderungsantrag hinsichtlich der Lehrkräfte für arbeitstechnische Fächer (FlatF) in das Regierungsprogramm aufgenommen wurde. Die SPD will für eine Weiterqualifizierung mit entsprechender Besoldung sorgen. Wir haben auf die Problematik hinsichtlich der Aufgaben und der Besoldung der FlatF in unseren Gesprächen mit Vertreter*innen verschiedener Parteien und des Hessischen Kultusministeriums immer wieder hingewiesen.

Die SPD will sich in den ersten 100 Tagen auch der Lehrerausbildung annehmen. Zudem soll das Tempo beim Ganztagschulaausbau drastisch erhöht werden. »Kinder ärmerer Eltern dürfen nicht schlechtere Chancen haben«, betonte der mit überaus großer Mehrheit wiedergewählte Thorsten Schäfer-Gümbel und erklärte gleichzeitig: »Niemand ist mehr wert, weil er einen anderen Abschluss gemacht hat.« Zudem führte er die Bedeutung der Durchlässigkeit des Schulsystems aus.

Aus Sicht des glb ist die Wertschätzung der beruflichen Bildung ein sehr wichtiger Faktor. Berufsorientierung müsse gestärkt werden. Es dürfe keine Hierarchie zwischen dualer Ausbildung und akademischer Bildung geben, so Schäfer-Gümbel. Ferner müsse es mehr Tempo bei der Modernisierung der Schulen geben.

Das Regierungsprogramm der SPD enthält auch wichtige Aspekte zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Gefordert werden gleiche Aufstiegschancen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit, mehr Familienfreundlichkeit im Job für Männer und Frauen, Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, Verbesserung des (Wieder-)Einstiegs von Frauen und Männern, die sich nicht in regulären Arbeitsverhältnissen befinden, in die Erwerbstätigkeit nach der Elternzeit und der Pflege von Angehörigen, verbindlichere Ausgestaltung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, Gleichstellung der Frauen in der Wissenschaft, Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen, Bekämpfung der Diskriminierung, Unterstützung von Frauen im Alter, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stärkung von Alleinerziehenden, sowie zugewanderten Frauen Teilhabe zu ermöglichen, Frauen vor Gewalt zu schützen, und mehr Frauen in politische Verantwortung zu bringen.

Einen detaillierten Blick auf die Vorstellungen der SPD zur Bildung und auch zur Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen können Sie sich unter dem folgenden Link verschaffen: <https://www.spd-hessen.de/regierungsprogramm-2019-24/> ←

Fraktionsanhörung der FDP zur Arbeitsbelastung von Schulleitungen und Lehrkräften

VON MONIKA OTTEN, LANDESVORSITZENDE

Am 14. Juni 2016 fand in den Räumen des Hessischen Landtags eine Fraktionsanhörung zur Arbeitsbelastung der Schulleitungen und Lehrkräfte an hessischen Schulen statt. Auch der glb war zu dieser Anhörung eingeladen, um eine Stellungnahme abzugeben und wurde dort von der Landesvorsitzenden Monika Otten vertreten.

Nach einem von der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren Landesverband Hessen eingeholten Kurzgutachten liegt die tatsächliche regelmäßige Arbeitszeit der Direktorinnen und Direktoren in Hessen bei 50 – 60 Wochenstunden und überschreitet damit die gesetzliche Vorgabe um 25 – 50 %. Daneben erreichen den Hessischen Landtag seit drei Jahren zunehmend Überlastungsanzeigen von Lehrkräften in Hessen sowie entsprechende Hilferufe aus den Schulen.

Folgende Positionen zur Belastung von Lehrkräften hat der glb in der mündlichen Anhörung zum Ausdruck gebracht:

Die Belastungen und Aufgaben im Berufsschulalltag haben deutlich zugenommen: Lehrkräfte der Besoldungsgruppe A 14 leiten mittlerweile Schulformen, bspw. in Bereichen der dualen Ausbildung, Fachoberschule, Berufliches Gymnasium. Ein(e) Abteilungsleiter*in verantwortet mehrere Schulformen. Lehrkräfte übernehmen Tätigkeiten, die früher eindeutig Schulleitungsaufgaben waren, z. B. Zeugniserstellung, umfangreichere Dokumentationspflichten bzgl. Schüler*innen (i. S. von Datenschutz, Erlaubnis der Verwendung des Namens, Bild etc). Die Heterogenität der Schüler*innen erfordert Binnendifferenzierung und entsprechenden Mehraufwand in der Unterrichtsvor- und -nachbereitung. Teilweise haben Kolleg*innen zwei Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gleichzeitig bei Mängelfächern zu betreuen und es obliegt der Schule aus ihrem Budget etwas – falls noch möglich bei den vielfältigen anderen Aufgaben – zur Verfügung zu stellen. Ferner sind die Einweisung von Quereinsteiger*innen und die Unterstützung von Praktikant*innen weitere wichtige Aufgaben. Lehrkräfte der beruflichen Schulen werden in neuen Lerngruppen, bspw. in der Mittelstufenschule, eingesetzt, für die sie nicht ausgebildet wurden. Integration und Inklusive Beschulung ohne entsprechende Ausbildung und Unterstützung im Unterricht sind hier ebenso zu nennen wie Teilnahme an Übergabekonferenzen etc., Beratung, Einbeziehung von Schulpsycholog*innen und anderen ggf. betroffenen Personen und Organisationen. Auch die Übernahme von Theorieunterricht von Fachlehrer*innen ohne entsprechende Fortbildung und adäquate Besoldung stellt für die betroffenen Lehrkräfte eine Belastung dar. Hinzugekommen sind auch Aufgaben wie die Berufsorientierung an beruflichen Gymnasien und die fehlende Fortbildung und Zeit bei Umsetzung neuer Kerncurricula und Verordnungen. Die zunehmende Digitalisierung erfordert Mitwirkung bei der Konzepterstellung und Beratung in Ausstattungsfragen neben der eigentlichen Gestaltung interner Curricula und neuer Unterrichtsmaterialien. Der Aufwand ist hier deutlich höher als im regulären Unterricht. Gleiches gilt für Projekte, Schulversuche usw.

Die Liste lässt sich weiter fortsetzen und genau das haben wir auch in der Anhörung getan. Ebenso haben wir die aus unserer Sicht benötigten Maßnahmen und Ressourcen aufgezeigt. Notwendig sind u. a. Erhöhung der Stellenzuweisungen, um individuellem Förderbedarf in allen beruflichen Bildungsangeboten zu entsprechen, zeitliche Ressourcen für Gespräche, mehr Deputate für Sonderaufgaben, externe Berater und Supervision, Fort- und Weiterbildungen. Zudem sollten die Leistungen der Beruflichen Schulen in der Öffentlichkeit und den politischen Entscheider*innen vertrauter sein. Es sollten nicht nur die Situation und Bedarfe der allgemeinbildenden Schulen bekannt sein bzw. im Fokus stehen. Die Realität vor Ort muss hinreichend bewusst sein. Statistische Daten allein ergeben kein umfassendes Bild.

Auch zur Arbeitsbelastung der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen haben wir ausführlich Stellung genommen und die unseres Erachtens nach notwendigen Ressourcen und Maßnahmen thematisiert.

Hier wären bspw. zu nennen: Die Erweiterung des Handlungsspielraums der jeweiligen Schulen, Personalentwicklung und Personalentscheidungen gesteuert durch Schulleitungen, Erweiterung des Leitungspersonals, um eine Verteilung der Arbeitsaufgaben zu ermöglichen, bspw. weitere A-15-Stellen in beruflichen Schulen, Schulverwaltungsassistenten, schulinterne Fortbildung durch externe Beratung, individuelle schulbezogene Begleitung der jeweiligen Schulentwicklung, wenn Schulprogramme ernst genommen und Prozesse der Qualitätsentwicklung fortgeführt und intensiviert werden sollen, Unterstützung durch Förderung schulspezifischer Bedarfslösungen unter Berücksichtigung regionaler Bedingungen und vieles anderes mehr.

Die duale Berufsausbildung wird weltweit als vorbildlich angesehen. Eine Unterstützung mit und durch personelle, materielle sowie sächliche Ressourcen und »Know How« ist eine Investition für alle! Daher sind auch berufsbildende Kompetenzen im Hessischen Kultusministerium in ausreichendem Maße, klare Zuständigkeiten, Verbindlichkeiten, Kommunikation und Kooperation auf und mit allen Ebenen sowie erweiterte Handlungs- und Entscheidungsspielräume für berufliche Schulen erforderlich!

Bedauerlicherweise nahmen aber an der Anhörung keine Vertreter*innen des Hessischen Kultusministeriums, der CDU-Fraktion sowie der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teil.

Weitere Informationen zur Anhörung finden Sie unter: <https://fdp-fraktion-hessen.de/meldung/belastung-von-schulleitungen-und-lehrkraeften/>



Gespräch des LandesFrauenRates mit dem Hessischen Ministerpräsidenten und dem Staatsminister für Soziales und Integration

VON MONIKA OTTEN, LANDESVORSITZENDE

Beim jährlich stattfindenden gemeinsamen Gespräch des LandesFrauenRates mit dem Hessischen Ministerpräsidenten und dem Hessischen Minister für Soziales und Integration machte Ministerpräsident Volker Bouffier am 8. August 2018 in der Hessischen Staatskanzlei deutlich, dass nicht zwischen Frauen- und Männerthemen zu unterscheiden sei, sondern dass vielmehr Frauenthemen gesamtgesellschaftliche Themen seien, die alle angehen. Gender Pay Gap (geschlechtsspezifisches Lohngefälle) und die Ergebnisse des Hessischen Lohnatlas (<https://soziales.hessen.de/presse/pressemitteilung/vorstellung-der-ergebnisse-des-hessischen-lohnatlas>) bildeten ein zentrales Gesprächsthema. Ziel der Hessischen Landesregierung sei es, Initiativen zu ergreifen, damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit Realität werde. Dafür setzten sie sich auch in moderierten Gesprächsrunden ein, erklärten Ministerpräsident Bouffier und Staatsminister Grüttner.

Im Fokus der weiteren Diskussion standen vorwiegend die Themen Ehrenamt und ländlicher Raum. Es wurde u. a. konstatiert, dass immer noch zu wenig Frauen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit gewürdigt werden. Ministerpräsident Bouffier und Staatsminister Grüttner machten hier deutlich, wie wichtig es sei, dass die anwesenden Verbandsvertreterinnen in ihren Verbänden bspw. nach geeigneten Kandidatinnen für die Auszeichnung für den Landesehrenbrief suchten, um diese vor Ort den Landräten*innen bzw. Bürgermeister*innen vorzuschlagen. Nur so könne das ehrenamtliche Engagement von Frauen sichtbar gemacht werden. (Informationen dazu unter: <https://staatskanzlei.hessen.de/ueberuns/orden-ehrenzeichen/wuerdigung-langjaehriger-ehrenamtlicher-leistung>)

Im Anschluss an die Gesprächsrunde fand die Mitgliederversammlung des LandesFrauenRates statt. In einer eingehenden Reflexion wurde der Meinungsaustausch mit den Repräsentanten der Hessischen Landesregierung gewürdigt und eine Fortsetzung der Gespräche gewünscht.

Gegründet wurde der LandesFrauenRat (LFR) Hessen 1952. Er vertritt heute mit 46 Mitgliedsverbänden die Interessen von mehr als 1,2 Millionen Frauen in Hessen (<https://lfr-hessen.de/>). Er leistet überregionale Verbandspolitik und arbeitet unabhängig, überparteilich und überkonfessionell. Er setzt sich unter Berücksichtigung der Eigenständigkeit und Verschiedenartigkeit aller Mitgliedsverbände für die Verbesserung der Situation der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft und für die Verwirklichung des in Art. 3 GG verankerten Gleichheits- und Gleichberechtigungsgebotes ein. Er vertritt die Interessen der Frauen gegenüber Parlament, Regierung und Verwaltung sowie gesellschaftlich relevanten

Gruppen und unterstützt den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der Mitgliedsverbände sowie Maßnahmen zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Die Mitgliedschaft des glb im LFR besteht schon seit vielen Jahrzehnten. Vertreten wurde der glb bei dieser Veranstaltung durch die Landesvorsitzende Monika Otten.

Interessant zu erwähnen ist im Zusammenhang mit dem LFR auch das Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e. V., das in enger Verbindung mit dem LFR steht. Es bietet Seminare, Exkursionen und Vorträge für Frauen zu gesellschaftspolitischen Themen, zum Themenbereich Frau und Beruf sowie Integration und Migration in ganz Hessen an. (<https://buero-frauenarbeit.de/>)

Nehmen Sie sich einmal kurz Zeit und schauen Sie auf den Webseiten der beiden Organisationen vorbei! ←

dbb Gewerkschaftstag 2018 unter dem Motto »Hessen gestalten – nur mit uns!«

VON MONIKA OTTEN, LANDESVORSITZENDE

Vom 15. bis 16. Mai fand in Darmstadt im Maritim Hotel der Gewerkschaftstag 2018 des dbb Hessen statt. Der Landesvorstand, der Landeshauptvorstand und die Delegierten aus 39 Fachgewerkschaften und -verbänden unter dem Dach des dbb Hessen waren zusammengekommen, um einen neuen Landesvorstand zu wählen und die Leitlinien für die Arbeit des hessischen Dachverbands für die nächsten fünf Jahre festzulegen.

Der glb war mit der Landesvorsitzenden Monika Otten und den Landesvorstandsmitgliedern Thomas Kramer, Alexander Neuhoff und Wenzel Preis vertreten.

Hervorzuhebende Kernpunkte des ersten Tages waren die Berichte zur Arbeit des dbb Hessen seit dem letzten außerordentlichen Gewerkschaftstag im November 2015 und die Neuwahl des Landesvorstandes sowie die Verabschiedung von Leitanträgen und sonstigen Anträgen.

Heini Schmitt legte in seinem Geschäftsbericht dar, dass in den vergangenen Jahren sehr viel Arbeit geleistet worden sei. Neben der eingehenden Darstellung der internen Neustrukturierung und dem Kauf einer repräsentativen Immobilie als neue Geschäftsstelle in Frankfurt ging er insbesondere auch auf die erfolgreichen gewerkschaftspolitischen Aspekte ein. Er hob den guten Abschluss zum TV-H im März 2017, die Abkehr vom Besoldungsdiktat und die Umsetzung der zumindest rechnerischen 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamten in Hessen als wichtige Zwischenschritte hervor.

Ergänzt wurde der Geschäftsbericht durch Kurzberichte vom Vorsitzenden des Tarifausschusses, Heinrich Roßkopf, der Vorsitzenden der Frauenvertretung, Sonja Waldschmidt, der Vorsitzenden der dbb Jugend, Julika Lückel, und vom Vorsitzenden der Seniorinnen- und Seniorenvertretung, Helmut Deckert, für deren jeweiligen Geschäftsbereich.

Bei den der Entlastung folgenden Neuwahlen wurde Heini Schmitt mit einer überwältigenden Mehrheit von 98,75 % der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Auch die bisherigen vier stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Volz, Richard Thonius, Birgit Kannegießer und Reinhold Petri sowie der Landesschatzmeister Thomas Müller kandidierten erneut und wurden ebenfalls eindrucksvoll im Amt bestätigt. Somit überwiegt in der Landesleitung des dbb Hessen derzeit der Männeranteil. Bei den acht Beisitzer*innen konnte hingegen ein Frauenanteil von 50 % erreicht werden.

Erstmals wurden bei diesem Gewerkschaftstag vier Leitanträge eingebracht, die zuvor in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet worden waren und sich mit vier Kernbereichen wie der Beamtenpolitik, der Tarifpolitik, der Mitbestimmung und der Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst befassen. Der glb hatte die Gelegenheit, sich in den Bereichen, in denen er in den einschlägigen Ausschüssen vertreten ist, in den Prozess einzubringen.

Im Anschluss wurden weitere 78 Einzelanträge zu eher spezifischen Themen behandelt. Darunter waren u. a. Anträge zum erweiterten Anspruch auf Bewilligung von Teilzeit im öffentlichen Dienst ab dem 55. Lebensjahr, eine möglichst flexible Wirkung des Lebensarbeitszeitkontos sowie die Reduzierung der Arbeitszeit

Die Öffentlichkeitsveranstaltung am 16. Mai war geprägt durch politische Grußworte und Ansprachen von geladenen Spitzenpolitikern sowie des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und einer umfassenden Rede des dbb Hessen Landesvorsitzenden Heini Schmitt.

Grußwort sprachen u. a. Alexander Bauer, innenpolitischer Sprecher der CDU, Thorsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender der SPD, Jürgen Frömmrich, innenpolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher von DIE LINKE sowie René Rock, Fraktionsvorsitzender der FDP. Als besondere Wertschätzung wurde die Teilnahme des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier empfunden. In seiner Rede ging der Hessische Ministerpräsident insbesondere auf die Erfolge der Hessischen Landesregierung ein.

Heini Schmitt setzte sich in seiner Rede intensiv und kritisch mit der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation in vielen Bereichen auseinander. Zwei Aspekte aus dem schulischen Bereich, die er dabei streifte, waren die Mitverantwortung von DITIB für den Islamischen Religionsunterricht und deren Verhältnis zum türkischen Staat sowie das »Burka-Verbot« im Änderungsentwurf zum Hessischen Schulgesetz (Anmerkung: Diese Ausgabe enthält eine Stellungnahme des glb zum Entwurf).

Weitere zentrale Themen waren die aktuelle Situation im Öffentlichen Dienst, die Auswirkungen der Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Veränderungen im Laufe der Legislaturperiode, die erzielten Veränderungen zum Positiven und die noch offenen Forderungen. Auch die Gewalt gegen Beschäftigte war ein wesentliches Anliegen.

Bereits in seiner Begrüßungsrede hatte Heini Schmitt deutlich gemacht, dass das Motto des Gewerkschaftstages »Hessen gestalten – nur mit uns!« gleichbedeutend sei mit »Nicht ohne uns!« Daher untermauerte er auch in seiner Ansprache das Angebot/die Forderung des dbb Hessen an die Politik, stärker in wichtige Gestaltungsprozesse eingebunden zu werden.



Netzwerk-AG der Koordinatoren Fachpraxis Hessen

VON ROSELINDE KODYM

Am 24. April 2018 fand in Gießen in der Willy-Brandt-Schule das fünfte Landestreffen der Netzwerk AG statt. Die Tagesordnung war sehr vielversprechend, hatte doch Frau Dr. Jäger (Referatsleiterin III B) aus dem HKM ihre Teilnahme zugesagt. Des Weiteren war noch ein interessanter Vortrag zum Thema Gefährdungsbeurteilung in Klassenräumen angekündigt und natürlich auch der Austausch zwischen 45 anwesenden Koordinatorinnen und Koordinatoren hessenweit.

Herr Groß begrüßte gemeinsam mit Herrn Ranft alle Anwesenden und hielt einen Rückblick auf das Jahr 2017. Welche Erfolge konnte die Netzwerk-AG verbuchen und welche Forderungen aus der Resolution aus 2012 sind noch offen? Als Erfolg kann man auf jeden Fall benennen, dass die Netzwerk-AG bereits im sechsten Jahr besteht und sich auch im HKM Gehör verschafft hat. Mit Einführung der Testphase BÜA sollten 20 A-12-Stellen für Fachlehrer geschaffen werden. Es sind bis dato nur 12 Stellen besetzt. Einige Stellen werden durch Kolleg*innen beklagt, aber in Wetzlar an der Werner-von-Siemens Schule wurde die Stelle bisher nicht besetzt.

Viele Forderungen aus der Resolution 2012 sind noch offen, hier ein paar Beispiele:

- mehr Fachpraxis Koordinator*innen,
- bessere Besoldung für die Mitglieder im Schulleitungsteam (A13),
- Gleichstellung der Abschlüsse (allgemeine Studierfähigkeit, Meisterbrief), hier liegt die Zuständigkeit im Kultusministerium,
- Pflichtstundenverordnung (einheitliche Wochenstundenzahl).

Frau Dr. Jäger stellte sich eine Stunde lang diesen Forderungen aus der Resolution, welche ihr im Januar während eines Gespräches mit dem glb überreicht wurden.

Durch die Testphase BÜA sei ein Anfang gemacht und die ersten A-12-Funktionsstellen besetzt, man müsse nun abwarten, wie sich die nächste Regierung zusammensetze und ob mit der endgültigen Einführung von BÜA noch weitere A-12-Stellen geschaffen werden. Eine Besoldung nach A 13 sieht das hess. Besoldungsgesetz nicht vor. Bezüglich der Pflichtstundenverordnung bezog sich Frau Dr. Jäger auf das Gespräch mit dem glb. Aus der Historie heraus sei es halt so, dass ein Fachlehrer wesentlich weniger Unterrichtsvor- und -nachbereitung habe. Dies wurde von den anwesenden Fachlehrer*innen stark dementiert, es entstand eine hitzige Diskussion um die geleisteten Aufgaben der Fachlehrer*innen, die sich in der Praxis von den Aufgaben der Studienrät*innen nicht unterscheiden würden. Auch hier verwies Frau Dr. Jäger wieder auf die kommende Regierungszusammensetzung.

Aus dem Plenum kamen Fragen zur Zukunft der Fachlehrer*innen, speziell der Fachlehrer*innen für Bürowirtschaft, da die Hessische Akademie für Bürowirtschaft (HAB) im Dezember 2017 geschlossen hat. Frau Dr. Jäger gab den Hinweis, dass man darüber nachdenke, Fachlehrer nur noch in Vollzeitschulformen einzusetzen – die praktische Ausbildung werde ja in den Betrieben vermittelt. Auch hierauf erfolgte ein starkes Veto aus dem Plenum. Viele kleine und mittelständige Betriebe hätten keine Lehrwerkstatt und könnten die berufsbezogenen Fertigkeiten, die in der Gesellenprüfung abgefragt werden, den Auszubildenden nicht vermitteln. Die Kolleg*innen betonten nochmals, dass die täglichen Aufgaben des FLatF sich stark verändert hätten und nicht mehr einer Aussage »aus der Historie heraus« angemessen seien. Frau Dr. Jäger will überprüfen ob eine Beförderung nach Auflistung der Funktionen möglich ist und sich mit dem zuständigen Referat im HKM über die Pflichtstundenverordnung beraten.

Weiterhin informierte sie über das Pilotprojekt »Zweiter Berufsschultag«. Hessenweit soll der zusätzliche Deutschunterricht als zweiter Berufsschultag in der Grundstufe eingeführt werden.

Nach der Mittagspause referierte Frau Martina Schad von der Unfallkasse Hessen zum Thema »Einführung in die Gefährdungsbeurteilung in Klassen- und Fachräumen sowie Werkstätten«. Die Präsentation kann jederzeit unter www.fachpraxis-in-hessen.de aufgerufen werden. Auch die Präsentation von Frau Hagel zu den »Berufsfeldforen« ist unter diesem Link abrufbar.

Das fünfte Landestreffen der Netzwerk AG ging mit vielen unbeantworteten Fragen zu Ende und viele der aus der Resolution von 2012 ererbten Fragen bleiben weiterhin bestehen. ←

glb-Mitglied Klaus Wenzel betreut „Hessenkasse“ Siegerteam

VON THOMAS KRAMER



V. l.: Anna-Lena Alsdorf, Dr. Claus Wenzel, Katharina Schiebelgut und Michelle Lohn

Wiederholt haben Schüler der Beruflichen Schulen Eschwege den Wettbewerb »Präsentieren und Gewinnen« gewonnen. Der Wettbewerb wird von der Frankfurter Rundschau gemeinsam mit der Vereinigung hessischer Unternehmervverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft ausgerichtet.

Anna-Lena Alsdorf, Michelle Lohn und Katharina Schiebelgut überzeugten die Jury mit ihrem Beitrag zur »Hessenkasse«, dem kommunalen Entschuldungsprogramm des Landes. Die Schülerinnen dürfen sich jeweils über ein iPad freuen.

Rund 700 Schüler hessischer Oberstufen beteiligten sich landesweit. Aufgabe war es in einem Dreier-Team ein aktuelles wirtschaftspolitisches Thema anschaulich zu präsentieren. Betreut von unserem glb-Mitglied, Dr. Claus Wenzel, konnten sich neben dem Siegerteam noch zwei weitere Gruppen der Beruflichen Schulen Eschwege unter den besten Zehn platzieren, was keiner anderen Oberstufe in Hessen gelang.

Der glb gratuliert den Beruflichen Schulen Eschwege, den Schülerinnen und Schülern sowie Dr. Claus Wenzel zu dem tollen Erfolg. ←

Kreisverband Offenbach besucht Firma Merck in Darmstadt



Nachdem im letzten Jahr ein Kabarettbesuch in Aschaffenburg unsere Lachmuskeln strapaziert hatte, erzählte Hans Klaffl im Hofgarten doch äußerst amüsant aus seinem Lehreralltag, stand in diesem Jahr mal wieder eine Werksführung an. Ziel war die Konzernzentrale der Merck-Gruppe in Darmstadt. Neben Produktion verschiedener Arzneimittel und Chemikalien sind hier auch die Zentralfunktionen des Konzerns beheimatet. Über 10.000 Mitarbeiter arbeiten auf einem 1,25 ha großen Betriebsgelände, ein Bereich so groß, dass die Werksbesichtigung nach einer Einführung im Besucherzentrum nur mittels einer Busfahrt zu bewältigen war.

Vorkriegsgebäude und hypermoderne Betriebsanlagen sowie ein gerade fertiggestelltes Forschungszentrum in futuristischer Optik führten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Konzerns vor Augen. Der Konzern feiert in diesem Jahr schließlich seinen 350. Geburtstag! In der lichtdurchfluteten, ebenfalls völlig neu errichteten Mitarbeiterkantine (Kantine scheint der falsche Begriff angesichts zahlreicher Restaurants auf verschiedenen Ebenen) beantwortete Frau Eiers, Biologin und Mitarbeiterin des Besucherzentrums, bei Kaffee und Kuchen kompetent alle unsere Fragen. So erfuhren wir, dass Merck über 400 Haupt- und Realschüler sowie Abiturienten ausbildet. Vom Koch bis zum Diplom-Betriebswirt, vom Biologie- oder Chemielaborant über die Werksfeuerwehr bis zum Wirtschaftsinformatiker reicht das Spektrum, um nur einige Ausbildungsbereiche zu nennen.

Eine äußerst interessante Werksbesichtigung und zur Nachahmung sehr zu empfehlen! Aber Achtung: eine Voranmeldung ca. 6 Monate vor dem Wunschtermin ist nötig!



Trauer um Frank Wilhelm Kreisverband Darmstadt-Dieburg verliert einen engagierten Kollegen

VON KARIN AMEND-RAAB

Am 2. August verstarb unser geschätzter Kollege der Landrat-Gruber-Schule (LGS) Dieburg, Herr Frank Wilhelm, im Alter von nur 51 Jahren.

Frank Wilhelm war an der LGS hauptsächlich in Bankklassen im Fachunterricht und im beruflichen Gymnasium für den Leistungskurs Wirtschaftslehre tätig. Für das berufliche Gymnasium richtete er jährlich das WIWAG-Planspiel für alle Schülerinnen und Schüler der Wirtschaftslehre Leistungskurse der Jahrgangsstufe 12 aus, was sein großes organisatorisches Talent zeigte, und er plante regelmäßig Studienfahrten für die Oberstufe, was sein Anliegen für die Schülerinnen und Schüler für deren kulturelle Weiterbildung zum Ausdruck brachte. Auch war er für die glb-Liste der Schule seit Februar 2010 für 10 Jahre als ordentliches Mitglied mit viel Engagement im Personalrat tätig und kandidierte mehrfach für die Liste des dlh für den GPRLL des Landkreises Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt beim Staatlichen Schulamt. Zudem war er jahrelang in der Arbeit für den Hessen Campus maßgeblich involviert.

Viel zu früh verlieren wir mit Frank einen kollegialen, schülerzugewandten, geschätzten Kollegen. Seiner Frau Aline, seinen Töchtern sowie seinen Angehörigen gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.



Das Foto zeigt Frank Wilhelm in einer Pause beim WIWAG-Planspiel in Ernsthofen im Jahr 2014.



Deutscher Lehrerverband begrüßt den Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium Dr. Manuel Lösel

VON ANDREAS GÖBEL, DLH-KREIVORSITZENDER SCHWALM-EDER



Bildbeschreibung v.l.n.r.:

*Dr. Manuel Lösel (Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium)
Andreas Göbel (dlh-/HPhV-Kreisvorsitzender)"*

Stellung Hessens im Vergleich zu anderen Bundesländern bei der Lehrerversorgung. Die Inklusion werde Hessen sehr überlegt umgesetzt. Von einer Zerschlagung der Förderschulen wie in anderen Ländern halte er nichts.

In dem dann folgenden sehr offenen und sachlichen Austausch war ein Hauptthema die Herausforderungen, die sich im Schulbereich aus der Flüchtlingssituation ergeben haben. Dr. Lösel stellte klar, dass diese Entwicklung auch die hessische Schulpolitik vor neue und große Herausforderungen gestellt habe. Er erläuterte den Weg Hessens, den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern zunächst eine intensive Sprachförderung über 1 oder 2 Jahre zukommen zu lassen, ehe sie in die Regelklassen bzw. – falls sie zuvor an einer beruflichen Schule unterrichtet wurden – in die duale Ausbildung wechseln.

Aus dem Zuhörerkreis wurden zudem weitere aktuelle Themen der hessischen Schulpolitik wie die allgemeinen Arbeitsbedingungen der hessischen Lehrer, die Einstellungssituation, der Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen sowie die Stärkung des mittleren Bildungsabschlusses, ferner die Bedeutung der dualen Ausbildung angesprochen und ausführlich mit dem Gast diskutiert. Hierzu nahm Dr. Lösel auch dankbar die Anregungen der anwesenden Lehrer auf, die aus ihrer alltäglichen Praxis viel berichten konnten.

Nach einer insgesamt über zweistündigen, sehr interessanten und anregenden Diskussion bedankte sich Andreas Göbel bei Dr. Manuel Lösel dafür, so ausführlich Rede und Antwort gestanden zu haben. Er schloss die erfolgreiche Veranstaltung mit dem Wunsch, dass Dr. Manuel Lösel die heutigen Eindrücke und Anregungen der Lehrer mit nach Wiesbaden nehmen werde, damit diese auch dort gehört würden. ←

Am vergangenen Mittwoch trafen sich auf Einladung des Deutschen Lehrerverbandes Hessen (DLH) unter Leitung seines Kreisvorsitzenden Andreas Göbel zahlreiche Lehrer aus ganz Nordhessen in Fritzlar zu einem umfangreichen Informationsaustausch mit dem Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Dr. Manuel Lösel.

Beginnend mit einer kurzen Darstellung der aktuellen Lehrerstellsituation in Hessen, die mit über 54.000 Stellen für 760.000 Schüler ganze 16.000 Stellen mehr als erforderlich aufweise und für eine sichere Umsetzung des Grundunterrichtsbedarfs in ganz Hessen Sorge, sowie u. a. eine umfassende freiwillige Ganztagsbetreuung sicherstelle, betonte der Staatssekretär anschließend die sehr gute

Bericht: Seniorentreffen 2018 in Friedrichsdorf

VON BARBARA SCHÄTZ (VERTRETERIN FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN IM GLB-LANDESVORSTAND)

Zum alljährlichen Seniorentreffen des glb trafen sich unsere Pensionärinnen und Pensionäre diesmal in Friedrichsdorf, der idyllischen, unscheinbaren Hugenottenstadt in der Nähe von Bad Homberg.

Im Hotel Mercure fand die Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der traditionelle Imbiss statt.

Gestärkt und neugierig, was das kleine, verschlafene Städtchen uns zu bieten hatte, folgte die Gruppe der Stadtführerin, die uns am Hotel abholte. Diese zeigte uns mit großem Sachwissen, das sie kurzweilig, lebendig und spannend vortrug, die einstmalige Bedeutung der autonomen Hugenottenstadt auf.

Die von Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg eingeladenen Hugenotten erhielten hier Siedlungsland und nannten, ihrem Gönner zu Ehren, die 1687 entstandene Ansiedlung Friedrichsdorf.

Die hugenottischen Handwerker gelangten durch die besonderen Kenntnisse in der Leinenweberei, der Strumpfwirkerei, des Färbens u. a. sehr bald zu Wohlstand und zogen weitere Zuwanderer an.

Weltbekannt wurde Friedrichsdorf durch die Herstellung von Zwieback. Entgegen dem Trend im 19. Jahrhundert aus seiner Stadt eine Kur- und Badestadt zu machen, wie z. B. Bad Nauheim, stellten die Friedrichsdorfer Zwieback für das Frühstück der Hotels dieser Städte her. Der Zwieback wurde bald weltweit verlangt. Er soll bis zum Himalaja gelangt sein. Später wurde aus einer dieser Zwiebackbäckereien die bekannte Firma Milupa, die Kindernahrung herstellte.

Weiterhin bekannt waren die Nudeln von der Firma Haller, die u. a. koschere Nudeln für die Juden herstellte. Heute befindet sich auf dem Gelände ein Mormonentempel.

Eine Besonderheit von Friedrichsdorf ist, dass mit Einwilligung des Landgrafen, die französischen Einwanderer ihr eigenes Leben gestalten und bestimmen konnten, was in ihrer Stadt geschah. Möglich wurde dies durch die Zusicherung des Landgrafen ihre Religion auszuüben und ihre französische Muttersprache zu bewahren.

Zeugnis davon ist u. a. die liebevoll restaurierte, reformierte, schlichte, helle Kirche in weiß, blau und wenig Gold. Am Altar der heutigen evangelischen Kirche steht immer noch in französisch: »JE SUIS LE PAIN DE VIE ...« (ich bin das Brot des Lebens), Johannes VI. 51. Eine Besonderheit ist an der Wand eine Gedenktafel aus dem Krieg gegen Frankreich 1870, auf der nicht die Gefallenen, sondern die aus dem Krieg Zurückgekommenen stehen. Zufällig übte der Organist für den kommenden Sonntag und spielte auch für uns einige Stücke, die den Besuch der Kirche weiterhin bereicherten.

Ein weiteres Zeugnis sind die entstandenen Lehrinstitute Puttkammer und Garnier. Das Lehrinstitut Puttkammer war eine exklusive Mädchenschule, die ihre Schülerinnen zu professionellen Hausfrauen aus-

bildete (Haushaltsschule). Das Lehrinstitut Garnier war für junge Männer vorgesehen. Im Gegensatz zur klassischen gymnasialen Bildung wurden hier auch berufliche Kenntnisse vermittelt, die die jungen Männer für ihre Arbeit in den Handwerks- und Industriebetrieben benötigten. An beiden Lehrinstituten wurde französisch gesprochen.

Am Lehrinstitut Garnier unterrichtete die wohl bedeutendste Persönlichkeit der Stadt, Philipp Reis, der Erfinder des Telefons.

Den Abschluss, der interessanten und uns alle beeindruckenden Führung, bildete der Besuch des Philipp-Reis-Hauses, das ehemalige Wohnhaus des Erfinders.

Erwähnenswert ist noch »Madame Blanc«, die Friedrichsdorfer Schustertochter Marie Hensel, die Francois Blanc heiratete, den Gründer der Spielbanken in Bad Homberg und Monte Carlo, und zu einer der großen Damen des 19. Jahrhunderts aufstieg.

Nach der zur Verfügung stehenden Zeit informierte unsere Landesvorsitzende, Frau Monika Otten, über die aktuelle Verbands- und Schulpolitik. Sie berichtete von der Verschmelzung der beiden Bundesverbände BLBS und VLW zum neuen Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) im April 2018 in Berlin.

Ebenfalls im April 2018 fand in Darmstadt der Gewerkschaftstag des dbb Hessen statt. Dabei wurde der amtierende Vorsitzende Heini Schmitt mit großer Mehrheit wiedergewählt. Entsprechend dem Motto des Gewerkschaftstages »Hessen gestalten – nur mit uns« betonte Heini Schmitt in seiner Rede, insbesondere in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, dass der dbb auch in Zukunft unerschütterlich und streitbar die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen vertreten wird. Die Vergangenheit hätte gezeigt, dass nur dadurch die bisherigen Erfolge erzielt werden konnten.

Weiterhin wurde auf die Gespräche mit Politikern (Bericht in der nächsten Impulse) Belange und Besoldung der Fachlehrerinnen und -lehrer, der Digitalisierung, der Inklusion u. a. eingegangen.

Wie auch im letzten Jahr überbrachte Frau Hannelore Andree, stellvertretende Vorsitzende der Seniorinnen- und Seniorenvertretung des dbb Hessen, die Grüße des Vorsitzenden der Seniorenvertretung, Herr Helmut Deckert.

Hannelore Andree berichtete ebenfalls vom Gewerkschaftstag des dbb Hessen im April und betonte die aktive Mitarbeit der Seniorenvertretung im dbb Hessen und deren Weiterentwicklung zu einer ernst genommenen und gehörten Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren des dbb Hessen.

Weiterhin ging sie auf das erfolgreiche Symposium des dbb Hessen, »Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst« ein, das im Februar 2018 in Frankfurt stattfand. →

Auf die Frage nach der Freifahrtregelung auch für Pensionäre wurde darauf hingewiesen, dass die Regelung inzwischen auch für die aktiven Beamtinnen und Beamten in Frage gestellt wird.

Eingehend ging Hannelore Andree erneut auf die vom Gesetzgeber für alle pflegebedürftigen Versicherten kostenfreie und neutrale Pflegeberatung ein. Für privat Versicherte ist die private Pflegeberatung »Compass« zuständig, die der Verband der Privaten Krankenversicherungen gegründet hat. Sie informiert zu allen Fragen, die in der Pflegesituation auftauchen, so z. B. bei der Einstufung in den Pflegegrad. Ihre Zentrale hat sie in 50968 Köln, Gustav-Heinemann-Ufer 74 C und ist unter der Servicenummer 0800 101 88 00, im Netz: www.compass-pflegeberatung.de, zu erreichen.

In diesem Zusammenhang wies Hannelore Andree auf den Gewerkschaftstag des dbb Bund im November 2017 hin, auf dem die Bundesseniorenvertretung erreichte, dass Rechtsschutz auch für Verfahren wegen Feststellung eines Pflegegrades gewährt werden kann, siehe Impulse 1/2018, S.13.

Beim gemütlichen Zusammensein am Abend, genossen wir das abwechslungsreiche festliche Abendbuffet. Unterbrochen wurde dieses durch einen Friedrichsdorfer »Hugenotten«, der den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern anhand seiner erstellten Ahnentafel vom Leben der Hugenotten und deren Nachkommen erzählte.

Nach dem reichhaltigen Frühstück am folgenden Tag, fuhren wir mit unseren Autos zum Freilichtmuseum Hessenpark.

Dort bekamen wir einen Einblick in die Größe und Vielgestaltigkeit dieses lebendigen Museums, obwohl wir nur einen kleinen Teil näher kennen lernten. Bei der Besichtigung der entsprechenden Wohnstätten, der Schule und Kirche erfuhren wir, wie sich das bäuerliche Leben der Hessen vom 18. bis ins 20. Jahrhundert abspielte. Es war ein hartes, einfaches und entbehrungsreiches Leben, das in der heutigen Zeit schwer vorstellbar ist, und uns die enorme Entwicklung in diese Zeit bewusst werden ließ.

Nach der Führung und anschließenden herzlichen Verabschiedung verweilten noch einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Marktplatz, wo sie einkauften, in eines der Wirtshäuser einkehrten u. a. und auf diese Weise das interessante und erlebnisreiche Seniorentreffen ausklingen ließen. ←

In eigener Sache

Vervollständigung der Mitgliederdatensätze

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

um Ihnen zeitnah und kostengünstig für Sie relevante Informationen über

- Veranstaltungen des glb (Seminare, Pensionärstreffen, Berufsschultag, Personalratsschulungen ...),
 - Gesetzesänderungen (Beihilferecht, Besoldung, Tarifverhandlungen, Versorgungsrecht, Personalvertretungsgesetz ...)
- zukommen lassen zu können, benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse.

Ich bitte Sie, der glb-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Bitte senden Sie eine Mail mit Ihrem Vor- und Zunamen und Ihrem Wohnort an glb.hessen@t-online.de.

Ihre E-Mail-Adresse wird nur für glb-interne Zwecke verwendet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben.

Wir bedanken uns für Ihre Kooperationsbereitschaft und Ihre Mithilfe, die Kosten für den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Der Landesvorstand

In eigener Sache

Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten.

Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter:

glb-hessen@t-online.de

Name Wohnort

Vorname Postleitzahl

Straße

.....

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse:

